einfach klasse

beilage wildcat-zirkular nr.23 / januar 1996

Inhalt

Anfang!....3
Leipzig schrumpft!....5
Den Osten fertig machen....7
Stadtspiele....11
Kohls Versprechen (Chemie)....13
Weggebaggert (Braunkohle)....15
Regionalliga (Messe)....16
Code Town Fun Club (Quelle)....18
Päckchenwerfen (Post)....27
Arbeitsamtsozialismus....32
Generationen....35
Immer schön arbeiten (ABM)....37
Gescheuert (Gebäudereinigung)....40
La Boom (Bau)....44
Strippen Ziehen (Großbaustelle)....49
Staat hilf! (IG BSE)....52
Schluß?....58

kontakt über: Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin, Tel.: 030/612 1848 (jaa@wildber.snafu.de) oder Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln (wildcat@link-lev.dinoco.de)

Anfang!

Bevor wir im Frühjahr 1995 hier aufkreuzten, hatten wir erstmal ganz unterschiedliche Bilder im Kopf. E.H., wie er mit irgendwelchen Westbonzen neben sich die Leipziger Messe eröffnet, die Großdemos Ende 1989, runtergekommene Stadtviertel, Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und schlechte Löhne, Naziangriffe auf besetzte Häuser, aber auch Bauboom und viele ausländischen Bauarbeiter in der Stadt waren die Eindrücke, die über die Medien und bei Kurzbesuchen hängengeblieben waren. Jetzt wollten wir aber rausfinden, was tatsächlich hier abgeht und vor allem: was denken und machen die ArbeiterInnen hier, sechs Jahre nach den Demos, fünf Jahre nach dem Anschluß.

Als Leute aus dem Westen, vorher jahrelang in West- und Ostberlin gelebt, war das (immer noch) eine Reise ins Ausland - trotz der Verbindungen nach Ostberlin, Potsdam, Rostock usw. Und eine Reise in die Provinz. Beides hatte Vor- und Nachteile: Von außen kommend blieb einiges schwer verständlich und wenig nachvollziehbar, andererseits aber hatten wir auch die Möglichkeit, Grundlinien und Strukturen zu erkennen, was aus der Halbdistanz oft leichter scheint als wenn mensch Jahre und Jahrzehnte irgendwo lebt und jedes Ereignis selbst mitbekommen hat. Aus Berlin nach Leipzig kommend sieht alles auch erstmal kleiner aus, das Leben läuft langsamer, ruhiger und der Zeitungsladen hat samstags und dienstags zu. Aber so war es einfacher, wirklich was mitzukriegen, wir kannten uns schnell in der Stadt aus, konnten (interessante) Leute kennenlernen und einen Überblick bekommen.

Schon am Anfang hatten wir sowas wie einen groben Plan. Wir wollten die Region als ein Terrain von Ausbeutung und Kämpfen dagegen verstehen lernen. Im Wildcat/Zirkular-Kreis gab es ja schon einige Diskussionen über diesen Ansatz, die sich unter anderem auch in diversen Städteberichten wiederfanden. Nicht zuletzt spielte hier auch das Buch City of Quartz eine Rolle, in dem der Autor Mike Davis versucht, die Geschichte der Region Los Angeles aus verschiedenen Perspektiven zu erklären und dabei den Klassengegensatz in den Mittelpunkt stellt. Wir hatten hier aber ein Problem, setzten wir doch gerade unseren Fuß in eine Stadt, die wir vorher kaum oder gar nicht kannten. Wie sollten wir es also anstellen, das "Terrain" auch zu kapieren? Ziel unseres "Besuchs" war ja auch, unsere Erfahrungen und Erkenntnisse dann schriftlich festzuhalten und zur Diskussion zu stellen - sowohl unseren neuen Leipziger FreundInnen als auch den Wildcat/Zirkular-LeserInnen.

Was wir nun erfahren und aufgeschrieben haben sind Fragmente, Teilansichten, Blitzlichter dieser Stadt. Der Titel unseres Berichts ist insofern auch zutreffend, weil es unsere Sicht ist, unsere Perspektive dieser Stadt. Im Zentrum sollen unsere Auseinandersetzungen und Gespräche mit ArbeiterInnen stehen. ArbeiterInnen aus den Bereichen, in die wir reinkommen wollten und reinkamen: Bau, Quelle, Put-

zen, Post. "Arbeiten gehen" war auch hier wieder die (einzige) Methode, auch wirklich mit ihnen zusammenzukommen und was mitzukriegen. Ohne diese Erfahrungen könnten wir jetzt wohl nur ein paar nette Sätze über die Stadt, die wirtschaftliche Entwicklung und einige politische Initiativen (in Krise) berichten (und würden das dann lieber lassen). Die Bedingungen und Kämpfe in der Maloche haben uns die Situation begreifbarer gemacht, in der hier verschiedene Teile der ArbeiterInnenklasse sind und gezeigt, wie sie zu den Erfahrungen der letzten Jahre stehen und was für Perspektiven sie haben. Die Gespräche mit den KollegInnen und unsere Beobachtungen haben sowas wie ein Bild von der Ausbeutung und den Kämpfen, so defensiv und perspektivlos die momentan auch sein mögen, entstehen lassen.

Unsere Versuche hatten aber ihre Grenzen. Uns war klar, daß wir nicht herkommen und erwarten konnten, daß uns alles zufällt. Zu vielschichtig sind die Erfahrungen hier, zu groß die Region und zu umfassend die Aufgabe, die wir uns gestellt haben. Wenn das von vorne herein noch ein begrenzter Aufenthalt ist (wir wollten ja nur drei bis fünf Monate bleiben, jetzt sind es schon neune), kann das natürlich nur ein Streiflicht werden. Vor allem aber blieben wir Beobachtende. Wir hatten ja keine Gruppe (fünf aufwärts brauchts da schon), die gemeinsam hätte versuchen können, die zahlreichen Konflikte aufzunehmen und auch in Auseinandersetzungen einzugreifen, die Flugblätter diskutieren, schreiben und verteilen konnte usw. So ist das Folgende also tatsächlich die Beschreibung unserer Erfahrungen in Leipzig und nicht der Bericht über eine politische Intervention!

Noch kurz zur Gliederung der folgenden Abschnitte: Um euch einen Eindruck von dem Raum Leipzig zu geben, haben wir zunächst versucht, die wichtigsten geographischen und politischen Strukturen der Region zu skizzieren. Die Informationen zu den darauf folgenden Artikeln über die wirtschaftliche Entwicklung in der Region (und in der Ex-DDR insgesamt) sowie die eher allgemein gehaltenen Anmerkungen zu den Reproduktionsbedingungen der Klasse (Löhne, Arbeitslosigkeit, Wohnungen) stammen vor allem aus der hiesigen Presse. Diese drei ersten Abschnitte sollen den Rahmen bilden. Die Situation in einigen wichtigen Kapital-Bereichen haben wir dann noch in Extraabschnitten zusammengefaßt: Messe, Chemie, Bergbau. Daran anschließend ein Beitrag zum ABM-Stützpunkt Leipzig. Dazu die Bereiche, in denen wir gearbeitet haben: Quelle und Bau, sowie zwei kürzere Berichte vom Putzen und der Post. Am Schluß noch ein Abschnitt mit zusammenfassenden Bemerkungen.

Die einzelnen Beiträge sind sehr unterschiedlich. In einigen geht es uns mehr darum, euch Informationen über die hiesige Region weiterzugeben, in anderen dreht sich alles um die Erfahrungen in einem bestimmten Sektor und die Diskussionen mit den ArbeiterInnen, zum Teil geht es auch nur um Eindrücke und kurze Impressionen. Aber lest selbst ...

Leipzig schrumpft!

Erstmal ein paar Anmerkungen zur Region und zur Stadt Leipzig, damit ihr euch vorstellen könnt, in was für einem Raum sich hier alles abspielt. Wo Leipzig genau liegt, dürft ihr im Schulatlas nachschlagen: Westsachsen, an Elster und Pleiße, 480.000 EinwohnerInnen und damit zusammen mit Dresden größte Stadt im Freistaat Sachsen. Von den 480.000 sind knapp über 200.000 erwerbstätig, 30.000 bekommen Geld über das Arbeitsamt, knapp über 100.000 beziehen Rente und ebensoviele leben von ihren Angehörigen (Rest: Sonstiges. Statistisches Jahrbuch Leipzig, 1995: SJL, S.219). Frauen sind leicht in der Mehrheit, allerdings nur wegen ihrer Überzahl bei den älteren Jahrgängen.

Leipzig war mal drittgrößte Stadt in Deutschland. Anfang der 30er lebten hier 720.000 Menschen. Nach Repression und Mord im Faschismus sowie den im Krieg getöteten Soldaten und Zivilisten waren es 1945 noch 580.000. Die Zahl stieg dann bis 1950 auf 620.000, fiel aber seitdem kontinuierlich: Flucht nach Westdeutschland, Abwanderung in andere industrielle Zentren und die Vorstädte waren einige Gründe.

Leipzig war während des Krieges die am wenigsten zerstörte Stadt in Deutschland. Bis auf das Stadtzentrum und einige industrielle Gebiete, waren die meisten Quartiere unversehrt. In den Jahrzehnten danach wurden die alten Häuser und Wohnungen aber kaum modernisiert. Die Abwanderung war also auch eine Folge des Verfalls der Wohnungen und der schlechten Lebensqualität. An dieser Tendenz änderten auch die neu errichteten Plattenwohnungen nichts, in denen mittlerweile gut ein Viertel aller LeipzigerInnen wohnt.

Seit 1989 hat sich die Schrumpfung fortgesetzt, vor allem wegen der Abwanderung in den Westen - Folge u.a. von Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit, schlechten Löhnen und einfach besseren Aussichten anderswo. Weitere Gründe der Schrumpfung waren der dramatische Geburtenrückgang (dreimal dürft ihr raten, warum?) und der Umzug vieler in die neuen Einfamilienhäuser im Grünen. Nach Schätzungen sollen bis 2005 noch weitere 50.000 die Stadt verlassen (Leipziger Volkszeitung, LVZ, 6.12.95).

Innen und außen

Räumlich könnt ihr euch Leipzig so vorstellen: Im Zentrum eine Einkaufspassage, an der seit fünf Jahren gebaut wird - und wohl auch noch fünf weitere Jahre werden wird, dazu Verwaltungs- und Regierungsgebäude, die Universität (20.000 StudentInnen), Kneipen, Cafes usw. Drumherum in einem inneren Ring im Osten, Süden und Westen die (eher proletarischen) Altbauviertel Reudnitz, Stötteritz, Connewitz, usw., entstanden zwischen 1890 und 1920. Sie sind vereinzelt durchsetzt mit kleineren Plattenbausiedlungen , die wie-

"AusländerInnen" in Leipzig

16.000 der 480.000 LeipzigerInnen haben ausländische Pässe. Das entspricht einem Anteil von 3,3 Prozent (SJL, S.24/31) und ist damit immerhin doppelt so hoch wie der Anteil in Sachsen (bei 4.600.000 EinwohnerInnen 76.000: 1,7 Prozent, Leipziger Volkszeitung: LVZ, 10.10.95). In Leipzig kommt gut ein Viertel der AusländerInnen aus Polen und ein weiteres Viertel aus anderen ehemaligen Ostblockstaaten (Polen 23,4, Vietnam 8,0, Rumänen 5,3, Ungarn 4,5 ...; 1994 waren ca. 800 AsylbewerberInnen in der Stadt, SJL, S.65). Allerdings wurden wohl die vielen WanderarbeiterInnen (und Illegalisierten) in der Stadt nicht in die Statistik aufgenommen. Mit diesen liegt die Zahl wohl über 25.000 und der Anteil nahe an sechs Prozent (Bundesdurchschnitt übrigens 8,6 Prozent oder 7 Millionen, LVZ, 13.12.95).

derum in den 70ern und 80ern gebaut wurden. Dazwischen im Südosten das sogenannte Graphische Viertel, in der DDR (und vorher) einer der Zentren der Verlags- und Druckbranche, heute Platz für geplante und schon gebaute Büroprojekte, sowie die Alte Messe, bis Anfang 1996 noch als Ausstellungsfläche genutzt. Im Norden und Nordwesten liegen unter anderem die Stadtteile, in denen die "Besserverdienenden" und Bonzen wohnen: Gohlis und das Waldstraßenviertel. Im Westen, abgetrennt durch die Auen von Elster und Pleiße, weitere Altbaugebiete (Lindenau, Schleußig usw.) und eines der ehemaligen Industriegebiete, Plagwitz. Die meisten Großbetriebe sind dichtgemacht. Heute gibt es hier vor allem Großhandel, mittelständische Unternehmen und Pläne für neue Siedlungen und ein alternatives Künstlerviertel. In einem weiteren Gürtel dann die Plattenbaugebiete. Im Westen Grünau, mit 100.000 EinwohnerInnen eines der größten in der ehemaligen DDR, im Osten Neu-Paunsdorf (15.000 EinwohnerInnen), im Norden Mockau. Im Nordosten entstehen auf dem Gebiet mittlerweile abgewickelter Kombinate einige Industrieparks. Im äußeren Norden dann die angeblich größte Baustelle Europas: das neue Quelle-Versandzentrum ist schon fertig, ebenso ein Frachtzentrum der Post und einige andere Industrie- und Handelsprojekte. An der Neuen Messe wird noch gewerkelt (Eröffnung April 1996). Dazu kommen der Ausbau von Bundesstraße, ein neuer Bahnhof für die Messe, die Erweiterung des Flughafens Halle-Leipzig, usw.

Außerhalb der Stadtgrenzen liegt noch ein Ring von Gemeinden, die meisten mittlerweile mit Einkaufszentren und Gewerbegebiet. Die Einkaufszentren auf der grünen Wiese sind der einzige Weg für die Gemeinden, ihre Finanzkrise zu überwinden, bilden aber auch den Hintergrund für die Auseinandersetzungen mit der Stadt Leipzig wegen Verödung der Innenstadt und ähnliche Fragen. Seit einiger Zeit versucht die Stadtregierung von Leipzig, durch Eingemeindungen die Folgen der Stadtflucht von EinwohnerInnen und Betrieben zu mildern. Sie sucht so die Kontrolle über die Regionalplanung zu erlangen und Steuereinnahmen wieder

in die Stadtkasse zu lenken, die jetzt bei den kleinen Vororten landen.
Leipzig ist Teil eines größeren Ballungsgebietes, das Halle (300.000 EinwohnerInnen und Teil von Sachsen-Anhalt) und einige Kleinstädte im Umkreis umfaßt. Insgesamt leben dort 1,5 Millionen Menschen. Im Norden (Bitterfeld, Wolfen), Westen (Leuna, Schkopau) und Süden (Böhlen) liegen die Zentren der DDR-Chemieindustrie. Im Süden zudem noch eines der größten Braunkohletagebaugebiete um Borna. Im Osten, im Gebiet zwischen Leipzig und Dresden befinden sich etliche Kleinstädte (Wurzen, Torgau, Grimma ...), Standorte u.a. von Betrieben des Metall- und Nahrungsmittelbereichs.

Den Osten fertig machen

Bis 1989 war Leipzig auch eine Industriestadt. In Kombinaten der Metallverarbeitung, des Maschinenbaus, der Druck- und Druckmaschinenindustrie, der Elektrotechnik und Elektronik u.a.m. arbeiteten über 100.000 Leute. Danach wurde eine Deindustrialisierung durchgezogen, die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR insgesamt den Abbau von über 80 Prozent der industriellen Arbeitsplätze bedeutete. Heute sieht deswegen die Beschäftigung nach Branchen in Leipzig wie anderswo ganz anders aus: die meisten arbeiten in Dienstleistungen, etliche auf dem Bau, nur noch wenige in der Industrie (siehe Kasten, Absatz 1).

Durchgeführt wurde die Deindustrialisierung vor allem von der Treuhand, die das Management der staatlichen Kombinate (für die Bundesregierung) übernahm, diese aufteilte und ganze Bereiche zumachte. Einzelne Betriebe wurden dann rationalisiert und an Investoren oder Betriebsleitungen verkauft. Als Gründe für das "Abwickeln" vieler Betriebe wurden von den Kapitalstrategen vor allem folgende genannt: unrentable, nicht konkurrenzfähige Produktion, zu viele Beschäftigte und zu geringe Produktivität und das Wegbrechen der Märkte in Osteuropa. Manche Vertreter der Ostbetriebe betonen noch den Druck der Westkonzerne, die keine Konkurrenzbetriebe im Osten wollten.

Hinter der Abwicklung stand aber vor allem die drohende Aussicht auf lang andauernde Konflikte innerhalb der Kombinate. Die Aussicht, mit den alten Strukturen irgendwann einmal Profite einzufahren, schienen gering. Die ArbeiterInnen in der DDR hatten quasi eine Arbeitsplatzgarantie. Die Arbeitsintensität war relativ gering. Die Betriebe beschäftigten einen Überhang an ArbeiterInnen, um die Produktionsschwankungen - auch eine Folge der terminlichen Planvorgaben - ausgleichen zu können. Innerhalb der Kombinate waren die Brigaden oft schon lange Jahre zusammen und auch erprobt in den innerbetrieblichen Auseinandersetzungen um Planerfüllung, Prämien usw. Bei einer Beibehaltung der alten

In Zahlen

1.In Leipzig arbeiten rund 40 Prozent in diversen Dienstleistungen, dazu noch vier Prozent in Banken und Versicherungen, elf Prozent im Handel und acht Prozent in den staatlichen Verwaltungen (insgesamt also über 60 Prozent). Neun Prozent sind im Energie- und Wassersektor beschäftigt, dreizehn Prozent auf dem Bau und nur sieben Prozent im verarbeitenden Gewerbe (SJL, S.115). Der Bausektor macht übrigens in Sachsen insgesamt 16 Prozent der Beschäftigten aus. In Westdeutschland liegt der Schnitt bei sieben bis acht Prozent (LVZ, 28.12.95).

2. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) gibt an, daß von 100, die im November 1989 beschäftigt waren, im November 1994 noch 71 einen Job hatten, 17 im Ruhestand und 12 arbeitslos waren. Allerdings waren nur 47 durchgehend beschäftigt und weitere 23 vorübergehend arbeitslos (LVZ, 9.12.95). Wobei zu ergänzen ist, daß von den 47 durchgängig Beschäftigten der überwiegende Teil heute nicht mehr in derselben Firma bzw. in derselben Abteilung arbeitet.

3. Während im Westen auf tausend Einwohner 120 Industriearbeitsplätze kommen, sind es im Osten nur 67 (Bundeswirtschaftsminister Rexrodt; LVZ, 28.9.95). Nach Berechnungen des DGB sind es sogar weniger als 40, wobei die Zahl der Industriebeschäftigten auch 1994/95 weiter gesunken sei (um 22.000 auf den niedrigsten Stand seit 1990 mit knapp über 600.000; LVZ, 28.12.95).

4. Die Spanne bei der Wirtschaftskraft der Länder gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro EinwohnerIn reichte 1994 bei den westlichen Ländern von Hamburg (74.700 DM) bis Rheinland-Pfalz (37.600) und bei denen im Osten von Brandenburg (22.600) bis Mecklenburg-Vorpommern (20.400). Sachsen lag bei 21.600 DM (LVZ, 11.8.95).

Kombinatsstrukturen drohte ein langer Kampf um Entlassungen, Erhöhung des Arbeitstempos und der Produktivität, neue Hierarchien usw. Das war nur durch den "Kahlschlag" zu umgehen, wobei die Einkommen in der Übergangszeit über Arbeitslosengeld, Umschulungshilfen und Beschäftigungsmaßnnahmen des Staates garantiert werden sollten. Der Kahlschlag zog auch Kämpfe nach sich, doch die Auseinandersetzungen - von Werftarbeitern in Wismar über Kumpel in Bischofferode bis zu Computer-ArbeiterInnen in Sömmerda - richteten sich dann gegen die Schließung von Bereichen und die Streichung von Arbeitsplätzen - und kaum gegen neue Arbeits- und Ausbeutungsbedingungen innerhalb der Produktion. Andere soziale Auseinandersetzungen, ebenfalls Teil der Umstrukturierung und Neuzusammensetzung, fanden (fast) ganz außerhalb der Betriebe statt, zum Beispiel die Jugendrevolte.

Die ArbeiterInnenklasse der DDR wurde völlig durcheinandergewirbelt. Nur eine Minderheit arbeitet heute noch

in derselben Firma. Viele ArbeiterInnen wurden arbeitslos, in Umschulungen oder Beschäftigungsmaßnahmen gesteckt - oder machen heute innerhalb der Betriebe ganz andere Jobs mit ganz anderen KollegInnen (siehe Kasten, Absatz 2). Das Kapital hat nun bessere Chancen, in den neu aufgeteilten oder gebauten Betrieben ihre Vorstellungen von Arbeitsintensität und Produktivität durchzusetzen und sich dafür die "arbeitswilligsten und -fähigsten" ArbeiterInnen auszusuchen.

In Leipzig blieb von den alten industriellen Strukturen fast nichts übrig. Teile der ehemals großen Kombinate wie z.B. Takraf (Schwermaschinenbau) wurden in mittelständische Unternehmen aufgeteilt, der Rest zugemacht. Bis 1991 waren noch 56.000, 1994 noch 15.000 ArbeiterInnen in der Industrie beschäftigt (LVZ, 6.12.95). Heute ist Siemens, daß u.a. das Kombinat Nachrichtenelektronik übernahm, mit knapp 1000

Ein Arbeiter erzählt: "Früher mußtest du aufpassen. Du durftest nichts gegen die Politiker sagen. Dafür konnteste bei der Arbeit rummotzen, wenn was scheiße lief. Heute kannste politisch alles sagen - auch wenn es nichts ändert. Aber bei der Arbeit mußt du vorsichtig sein und darfst dein Maul halten, sonst fliegste sofort raus!"

Beschäftigten das größte industrielle Unternehmen (Telefonsysteme, Stromversorgungsgeräte, vgl. Zeitlupe, 8/95). In der Druckbranche sind noch 2000 Leute beschäftigt, 50 Prozent weniger als vor 1989, wobei allerdings die Betriebe mitgezählt wurden, die mittlerweile ins Umland abgewandert sind (LVZ, 2.6.95). Andere privatisierte Betriebe, wie Hartmann und Braun, einer Tochter von Mannesmann und hervorgegangen aus dem Geräte- und Reglerwerk Leipzig, oder Pittler-Tornos, ehemals Drehmaschinenwerk Leipzig (beide heute mit ca. 400 Beschäftigten), haben ebenso wie viele kleinere, mittelständische Unternehmen, die aus den Kombinaten ausgegliedert wurden, weiterhin massive wirtschaftliche Probleme und kündigten in den letzten Wochen weitere Entlassungen an (LVZ, 28.10. und 9.12.95).

Begleitet wurde die "Abwicklung" und der angekündigte "Aufbau Ost" durch einen massiven Subventionsschub. Nicht nur die Sozial- und Arbeitsbeschaffungsprogramme, auch der Aufbau einer neuen industriellen Struktur wurden über staatliche Gelder finanziert. Bis 1995 wurden rund 1000 Milliarden DM (vor allem) aus Westdeutschland in die "fünf neuen Länder" transferiert, die Hälfte direkt aus dem Bundeshaushalt, ferner als Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit, der Europäischen Gemeinschaft, aus der Rentenversicherung usw. (LVZ, 5.9.95). Ein bedeutender Teil ging bisher in die Modernisierung der Infrastruktur: Verkehrswege, Ver- und Entsorgung, Kommunikationsnetze usw. Andere Mittel wurden direkt an Investitionen von (West-)Konzernen angebunden und mit Auflagen versehen (Investitionssumme, Arbeitsplatzgarantien usw.). Wobei zu erwähnen ist, daß sich die Konzerne bei diesen

Transaktionen Milliarden angeeignet haben, die sich in ihren Geschäftsergebnissen wiederfinden! (Allerdings ist die Subventionierung der Großbetriebe auch sonst nichts Außergewöhnliches: ein Sprecher der Bayer AG meinte, sein Konzern würde auch bei Ansiedlung in Südspanien von der dortigen Regierung erhebliche Subventionen bekommen, vgl. LVZ, 27.12.95. Ähnliches gilt auch für andere Industrien und andere Regionen).

Arbeitsbesprechung beim Sklavenhändler. Der Disponent teilt die Arbeit ein. Einige sollen für einen Einsatz hin und zurück vier Stunden Fahrzeit einrechnen (ohne Bezahlung). Die Arbeiter sind sauer und beschimpfen ihn. Darauf er: "Solche sozialistischen Befindlichkeiten habe auch ich mir abschminken müssen." Große Unruhe. Als er daraufhin rausgeht, meint einer: "Erschiessen!"

Heute schätzen eigentlich alle Strategen des Kapitals (Unternehmensleitungen, Wirtschaftswissenschaftler und Politiker), daß die Wirtschaft der "fünf neuen Länder" weiterhin ohne die Subventionen nicht lebensfähig sei - und das auf Jahre hinaus (Vorhersagen zwischen 5 und 25 Jahren). Der "Aufschwung" wolle sich einfach nicht "selbst tragen". Nur 61 Prozent des dortigen Verbrauchs wird durch die eigene Wertschöpfung gedeckt (Bundeswirtschaftsminister Rexrodt; LVZ, 28.9.95). Das wird darauf zurückgeführt, daß es im Vergleich zum Westen im Osten verhältnismäßig nur halb so viele IndustriearbeiterInnen gibt (siehe Kasten, Absatz 3). Auch bei einem Wachstum von weiter acht Prozent im Jahr (wie 1995) bräuchte der Osten Jahrzehnte, um die Wirtschaftskraft des Westens zu erreichen. 1994 lagen noch alle Ostländer gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner schlechter als die Westländer (siehe Kasten, Absatz 4). Ein Großteil, nämlich 40 Prozent, des Bruttoinlandsproduktes im Osten wird derzeit im Bausektor erwirtschaftet, ein Bereich, der hauptsächlich von den staatlichen Subventionen lebt (LVZ, 31.7.95). Insgesamt liegt der Selbstfinanzierungsgrad bei Investitionen im Osten bei nicht mal 50 Prozent (Neues Deutschland, 7.9.95).

Fast alle politischen Fraktionen, von CDU bis PDS, verlangen heute eine verstärkte Vergabe der Subventionen an mittelständische Unternehmen. Diese sollen die Wirtschaftskreisläufe stärken und das Kapital zunehmend vom Tropf nehmen. Hier spielt natürlich auch eine Rolle, daß sich die verschiedenen Fraktionen von Kapital und Staat auch über eine Reduzierung und Streichung von Subventionen streiten, die zunehmend schwieriger über die öffentlichen Haushalte, Solidarzuschläge u.w.m. zu finanzieren sind. Nachdem die meisten Infrastruktureinrichtungen im Osten jetzt modernisiert und die Subventionsprogramme für die Großindustrie weitgehend auf dem Weg sind (siehe Autoindustrie, Chemie, usw.), sollen jetzt die Hilfen gezielter vergeben werden (vgl. Zeit, 28.7.95).
Dabei geht es weiter um die Einbindung der "Ostgebiete" in den europäischen

Wirtschaftsraum, was eine zügige Anhebung der Rentabilität voraussetzt. Diese läßt sich nur realisieren, wenn die Zuwächse bei der Produktivität über denen der Löhne liegen. Was aber tatsächlich in den meisten Branchen der Fall war, nicht zuletzt wegen des anhaltenden Drucks von seiten der ArbeiterInnen auf Verbesserung der materiellen Lage - auch gestreikt wurde ja in einigen Bereichen immer wieder mal. Die Vertreter des Kapitals wenden sich auch weiterhin vehement gegen die "zu schnelle Angleichung" der Löhne an das Westniveau. Zudem schielen sie auf eine weitere Anhebung der Produktivität. Heinrich Hornef, Präsident der Treuhandnachfolgerin BVS (Bundesvereinigung für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben) schätzt die Ostproduktivität auf 60 Prozent (1994, nach 30 Prozent 1991; LVZ, 19.9.95). Mit anderen Worten: bei weiterer Angleichung der Löhne an das Westniveau werden die Betriebe im Osten auch weiter rationalisieren und entlassen, um den Produktivitätsrückstand aufzuholen.

Stadtspiele

Nach 1989 etablierte sich in Leipzig, ähnlich wie in anderen Städten in der Ex-DDR, schnell eine neue politische Schicht, die sich aus vor allem aus Leuten aus mittleren Positionen der DDR-Nomenklatura, also solchen, die nicht allzu belastet waren durch SED und Stasi, die aber willig und fähig waren, sich im "neuen Staat" als Krisenmanager durchzusetzen. Dazu kamen einige aus den Reihen der Bürgerbewegten und natürlich diverse Westimporte, die - durch Parteien, Verwaltungen und Unternehmen gesponsert - hier alles in die richtigen kapitalistischen Wege leiten sollten. Bei den neuen "Entscheidungsträgern" setzten sich in Leipzig die aus der SPD durch (im Gegensatz zum Freistaat Sachsen, wo bei Wahlen die CDU eine satte Mehrheit hat). Zunächst kooperierten sie in "Sachfragen" mit allen anderen politischen Fraktionen (das sogenannte "Leipziger Modell"). In letzter Zeit paktierte die SPD aber eher je nach Lage mit Grünen oder CDU (zu Wahl-

Stadtrat und OBM

Die Stadt Leipzig hat einen Stadtrat (Parlament, Wahl auf vier Jahre, zuletzt 1994). Seit kurzem gibt es eine SPD/CDU-Koalition. Wahlergebnis der im Stadtrat vertretenen Parteien: SPD 29,9 Prozent, CDU 23,4, PDS 22,9, Grüne 13,8, DSU: 3,6 , FDP 3,6 und Neues Forum 2,9. Der Oberbürgermeister (OBM) wird allerdings extra gewählt. Bei der Wahl 1994 (Wahlbeteiligung 39,9 Prozent) setzte sich Hinrich Lehmann-Grube durch, ein SPDler aus Hannover.

ergebnissen siehe Kasten). Im Zusammenspiel versuchten die maßgeblichen Stadtpolitiker, die Demontage der ostdeutschen Industrie durch die Anwerbung neuer Industrieansiedlungen zu begleiten und abzufedern. Dazu betrieben sie eine Art Lobbypolitik, die darauf ausgelegt war, möglichst viel staatliche Subventionen in die eigene Region fließen zu lassen. Bis heute setzen, wie oben schon erwähnt, alle Beteiligten (Stadtregierung, Unternehmer, Gewerkschaften) auf die Verlängerung der staatlichen Hilfen, ohne die jede Haushaltsplanung zusammenbräche und die meisten Investitionsprojekte gestrichen würden. Die Leipziger Volkszeitung als Sprachrohr der lokalen Bonzen bemüht sich redlich, jede Woche einen hohen Wirtschaftsvertreter, Wissenschaftler oder Politiker vor ihr Mikrophon zu kriegen, der die Notwendigkeit der Fortführung der Subventionen für die nächsten Jahre oder Jahrzehnte betont.

In Leipzig wurde - wie auch in anderen Ost-Städten - schon 1992 eine Image-Kampagne gestartet, um die Stadt als Standort für Investitionen interessant zu machen. Ein Mitarbeiter des OBM (Oberbürgermeister) ersann die Kampagne "Leipzig kommt!", mit der die Stadt nach innen und außen attraktiv dargestellt werden sollte. Im Mittelpunkt standen dann aber meist kulturelle Veranstaltungen. Nicht zuletzt mischte da auch die "alternative Szene" mit ("Linke" und "Schicki" aus Connewitz oder sonstwo), die auch sonst das Gequatsche um "Boomtown" und "Szenestadt" voll mitträgt.

Mittlerweile gestanden die Initiatoren ein, daß es sich bei "Leipzig kommt!" um die "Verdichtung heißer Luft" gehandelt habe, da die Stadt eigentlich mit nichts geworben habe (LVZ, 28.9.95). Jetzt soll eine neue Kampagne her, die mit der Eröffnung der Neuen Messe im April 1996 vorgestellt werden soll, in der zentrale Besonderheiten der Stadt in den Vordergrund gestellt werden sollen: Musik, Sport, Datennetze und Kommunikation.

Die Kampagne begleitete eine hektische Planung und Durchführung von Umstrukturierungsmaßnahmen, die Leipzig zu einem funktionierenden Wirtschafts- und Lebensraum machen sollen, der den Anforderungen des modernen Kapitalismus entspricht. Die ArbeiterInnen in der Stadt forderten (nicht erst) seit 1989 bessere Standards und Versorgung. Dem mußten die Planer entgegenkommen und das aber mit dem Verwertungsinteresse des Kapitals zusammenbringen. Die städtische Infrastruktur mußte umgebaut und neu gestaltet werden, wofür die Stadt Pläne ausarbeiten und Finanzen zur Verfügung stellen sollte.

Bei dem neuen stadtplanerischen Konzept spielten folgende Eckpunkte eine Rolle:

- Ausbau und Modernisierung des Verkehrsnetzes (Straßen, öffentlicher Nahverkehr, Bahn, Flughafen).
- Modernisierung alter Stadtteile, was sowohl die Altbauten als auch die Plattensiedlungen betraf, Schaffung von Sanierungsgebieten; Neubau von Wohnungen.
- Schaffung und Förderung neuer Ge-

Kohls Versprechen

Das Chemiedreieck

Das legendäre Chemiedreieck um Bitterfeld-Schkopau-Böhlen (Leipzig liegt damit quasi in der Mitte), um 1990 Gegenstand vieler Artikel über Umweltkatastrophen und Kahlschlag, sollte nach einem Versprechen des deutschen Bundeskanzlers erhalten bleiben. Zwar drohten immense Kosten für Sanierung und Modernisierung und die möglichen Westinvestoren zögerten, doch machten Treuhand und Bundesregierung diesen die Sache mit Milliardensubventionen schmackhaft. Zum einen spielte dabei eine Rolle, daß die Chemie in dieser Region die größte industrielle Unternehmung war und es kaum Aussichten gab, diese durch Förderung anderer Bereiche zu ersetzen. Die Entlassungen in diesem Sektor führten zu einer der höchsten Arbeitslosenraten im Osten. Die Übernahme vieler ArbeiterInnen in Beschäftigungsgesellschaften drohte zu einem langwierigen und milliardenschweren Sozialprojekt zu werden. Zum anderen ergab sich hier die Möglichkeit, durch Übernahme und Modernisierung der vorhandenen Anlagen einen Produktivitätssprung hinzulegen. Die hochmodernen, produktiveren Anlagen könnten dann benutzt werden, um auch in den anderen wichtigsten Standorten der westdeutschen Chemieindustrie (Ludwigshafen (BASF), Leverkusen (Bayer), Frankfurt/M. (Hoechst)) Rationalisierungen gegen die ArbeiterInnen durchzusetzen.

In den letzten Jahren sind die Chemiekombinate aufgeteilt und einzelne Betriebe stillgelegt, andere verkauft worden. In den bei der Stillegung gegründeten Beschäftigungsgesellschaften durften die ehemaligen Chemiewerker die (Umwelt-)Sanierung der Betriebsgelände durchführen. Noch heute arbeiten allein in Bitterfeld 4400 Leute in diesen Gesellschaften (LVZ, 8.12.95).

Große Konzerne wie Bayer und BASF sicherten sich Teile der ehemaligen Kombinate und modernisierten die Anlagen mit staatlichen Subventionen. Die Bayer Bitterfeld GmbH hat zum Beispiel mittlerweile 650 Millionen DM in drei Werke investiert (500 Beschäftigte). Für ein viertes Werk gab es noch Verhandlungen mit der Treuhand-Nachfolgerin BVS (LVZ, 4.11. und 4.12.95). Die BASF hat das ehemalige Kombinat für Braunkohle-Chemie in Schwarzheide (Brandenburg) übernommen und zu einem Kunststoffwerk umgebaut (2100 Beschäftigte - von 4900 1989). Mittlerweile soll es dort keine Verluste mehr geben. Die Personalkosten liegen nach BASF-Angaben bei 50 bis 55 Prozent derer in Ludwigshafen (LVZ, 10.11.95). Die größten Projekte sind aber die neue Raffinerie von der französischen Elf Aquitaine in Leuna (fünf Milliarden DM Investition, bis zu 5000 Bauarbeiter gleichzeitig, Eröffnung 1997, LVZ, 23.12.95) und die Übernahme des Mitteldeutschen Olefinverbundes (in Schkopau das ehemalige Buna-Werk, dazu noch Anlagen in Böhlen und Leuna) durch die us-amerikanische Dow-Chemicals (mit rund zehn Milliarden Subventionszusagen, die mittlerweile auch von der EG genehmigt wurden, und 1,25 Mrd von Dow, LVZ, 9.11.95).

Ein Vertreter der Chemieindustrie bezifferte die Höhe der Investitionen in die ostdeutsche Chemie bis zum Jahr 2000 auf 50 Milliarden DM, wobei die Hälfte von den Unternehmen, die andere vom Staat käme. Momentan würden in diesem Bereich 36.000 Leute arbeiten, davon 18.000 in der Region um Halle/Leipzig (LVZ, 24.8.95). Die Erzeugung stieg nach Angaben des Verbandes der Chemischen Industrie (Ost) in den ersten neun Monaten 1995 um 30 Prozent. Die Produktiviät liegt bei zwei Dritteln des Westniveaus (LVZ, 12.12.95). Weiterhin werden aber auch Chemiewerke dichtgemacht, so z.B. in Zeitz (Hydrierwerke, 3000 Leute), Eilenburg (Chemie-Werke, 500) und Wolfen (Orwo-Filme, 500), wobei die Entlassenen in Beschäftigungsgesellschaften übernommen werden und ABM-Stellen bekommen (können) (LVZ, 18.7. und 6.9.95).

werbegebiete und Industrieparks; Neubau der Messe.

- Entwicklung der Innenstadt und anderer innerstädtischer Zentren zu Einkaufs- und Freizeitparks.
- Entwicklung und Förderung von Dienstleistungen (Kommunikation, Banken, usw.); Bürobau.

Der Ausbau von Straßen, Straßenbahn und S-Bahn in Leipzig ist noch voll im Gange (und die resultierenden Staus, die Verspätungen der Straßenbahn und der Lärm und Dreck nerven alle). Dieser Zustand wird wohl noch Jahre andauern. Während der Ausbau der Bahnanlagen und des Hauptbahnhofes noch nicht weit gediehen sind, wurden in den Flughafen Halle/Leipzig bisher schon über 300 Millionen DM investiert, weitere 300 Millionen sollen folgen. Es gilt hier, den mittlerweile erreichten Vorsprung vor dem Flughafen Berlin-Schönefeld zu sichern und auszubauen.

Die Modernisierung der Altbauviertel geht voran. Mittlerweile wurden zwölf Sanierungsgebiete nach dem Modell westdeutscher Städte ausgeschrieben, was u.a. die Inanspuchnahme von Bundes- und Landesgeldern ermöglicht. Die Maßnahmen haben aber schon zu weiteren Mieterhöhungen und Anhebungen bei den Wohnnebenkosten (Strom, Gas, Wasser, usw.) geführt. Nach der 15-prozentigen Erhöhung vom Sommer infolge des Mietenüberleitungsgesetzes liegen die Mieten nicht mehr weit unter denen in Berlin (bei niedrigeren Einkommen). Die Sanierung der Plattenbauten, über deren baldigen Abriß noch bis vor zwei oder drei Jahren spekuliert wurde, geht derweil zügig weiter. Genaue Zahlen für Leipzig waren nicht zu bekommen. Von den 2,1 Millionen Plattenwohnungen im Osten (von insgesamt 6,6 Millionen) sind aber schon 700.000 mithilfe von Bundesmitteln saniert worden (LVZ, 20.11.95). Ein Großteil der 265.000 Wohnungen in Leipzig, nämlich 105.000, gehören weiter der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB), Nachfolgerin der staatlichen Wohnungsverwaltung (60.000 gehören Genossenschaften, 95.000 Privaten; SJL 1995, S.104). Der Wohnungsneubau droht mittlerweile zu stagnieren, weil schon 6000 bis 8000 neue oder renovierte Wohnungen in Leipzig leer stehen (LVZ, 19.6.95).

Während die Zukunft des alten Messegeländes noch nicht feststeht (hier soll eventuell ein ganz neuer Stadtteil mit größerem Gewerbegebiet entstehen) wurden schon etliche andere Gewerbegebiete realisiert oder sind kurz vor der Fertigstellung, z.B. an der Torgauer Str. (10.000 Arbeitsplätze vorgesehen) und der Theklaer Str. (3000 bis 5000; LVZ, 13.7. und 23.8.95). Weitere Gewerbehöfe wurden u.a. auf ehemaligen Industrieflächen wie in Plagwitz eingerichtet, meist mit staatlichen Fördermitteln. Die Auslastung ist aber zum

Weggebaggert

Braunkohletagebau

Seit Ende des Ersten Weltkrieges gibt es den Großtagebau in der Region Leipzig. In den 30er Jahren wurde er massiv ausgebaut. Noch 1989 war der Braunkohletagebau der größte "Arbeitgeber" der Region. Allein in den Betrieben, die später von der Mitteldeutschen Braunkohlengesellschaft mbH, Mibrag, übernommen wurden und die Tagebaue im Süden von Leipzig um Borna umfassen, arbeiteten 60.000 Kumpel (Zeitlupe, 8/95). Nach 1989 wurden über 95 Prozent entlassen und zum Teil in Beschäftigungsgesellschaften übernommen. Gegenwärtig sind noch über 17.000 Kumpel in einer solchen Gesellschaft ((LVZ, 7.11.95). Sie werden vor allem für die Sanierung der stillgelegten Tagebaue eingesetzt: Anlagen abreißen, Böschungen anlegen, Begrünung usw.

Bei der Mibrag arbeiten im Moment noch 3600 Leute, weitere 3800 bei von der Braunkohle abhängigen Unternehmen (LVZ, 26.4.95). Der Braunkohlebergbau lebt heute nur noch von der Abnahme durch Kraftwerke (30 Prozent der Strompoduktion in der BRD läuft über diesen Energieträger). Der Tagebau in einzelnen Revieren ist dabei zum Teil abhängig von einem einzigen abnehmenden Kraftwerk. Die Zukunft der Mibrag hing denn auch an dem Neubau des Kraftwerks Lippendorf bei Böhlen und dem Ausbau des Tagebaus Schleenhain (wofür die Gemeinde Heuersdorf, deren EinwohnerInnen sich vergeblich wehrten, weggebaggert wird). Die Mibrag investiert dafür 1,2 Milliarden DM und soll 40 Jahre lang die Kohle für Lippendorf anliefern. In Lippendorf werden übrigens mal 1000 Leute arbeiten, weniger als die 3000, die heute in den beiden dann zu schließenden Kraftwerken beschäftigt sind (Zeitlupe, 8/95, Kreuzer 12/95).

Unruhe gibt es derweil bei den Kumpeln, die für eine der Beschäftigungsgesellschaften arbeiten, weil die 17.000 befristeten Stellen dort auf 13.000 reduziert werden sollen (LVZ, 22.12.95). Für die Region südlich von Leipzig fallen dann über 1000 Stellen weg. Das würde die offizielle Arbeitslosigkeit z.B. in Borna gleich von 15 auf über 20 Prozent steigen lassen. Zudem sollen die Aufträge, die die Gesellschaften von den Braunkohleunternehmen bekommen, öffentlich ausgeschrieben werden (LVZ, 7.11.95). Die Leitungen der Beschäftigungsgesellschaften geraten also unter Rentabilitätsdruck. Sie sollen die ArbeiterInnen in diesen Gesellschaften zwingen, jetzt aber auch ordentlich zu malochen.

Teil noch unklar. Gesichert ist oft nur die Ansiedlung weiterer Groß- und Einzelhandelsunternehmen (Baumärkte, Autoverkaufshallen ...) und von Handwerks- und Reparaturbetrieben (insbesondere aus dem Bausektor).

Während der Bau von Einkaufszentren in den Gemeinden um die Stadt weitgehend abgeschlossen ist (dort gibt es auch keine weiteren Baugenehmigungen dafür und sie sind zu Spaßbädern übergegangen), ist er in der Innenstadt und in einigen Stadtteilzentren erst gerade angelaufen. Allein in der Innen-

Regionalliga

Messe in Leipzig

Messen sind sowas wie Darstellungs- und Verkaufstreffen von Unternehmen. Jede Messestadt erhofft sich davon wirtschaftliche Impulse für die eigene Region. Leipzig hat hier eine lange Tradition. Die Leipziger Messe, eines der wirtschaftspolitischen Aushängeschilder der DDR, sollte auch nach 1989 weitergeführt werden. Die neu gegründete Messegesellschaft, bei der je zur Hälfte die Stadt und der Freistaat Leipzig beteiligt sind, sah sich aber nun der harten Konkurrenz der anderen Messestandorte in der BRD ausgesetzt: Hannover, Düsseldorf, Frankfurt, München usw. Die Leipziger Messe, so das Ziel der Planer, sollte sich aber weiter als "Tor zum Osten" behaupten. Schnell wurde klar, daß dafür aber ein neues Messegelände hermuß. Zu sehr waren die alten Anlagen vom Makel der DDR-Rückständigkeit gezeichnet. Zudem hätte deren Modernisierung genausoviel wie ein Neubau gekostet und die weiter stattfindenden Messen gestört. Also wurde im Norden der Stadt auf einem alten Flughafengelände (gleich neben Quelle) für 1,3 Milliarden DM eine neue Anlage hingesetzt (übrigens mit bis zu 3000 Bauarbeitern gleichzeitig). 300 Millionen kamen vom Bund, der Rest von Land und Stadt (Wochenpost, 10.8.95). Weitere fast 500 Millionen DM flossen in die Verbesserung der Verkehrsanbindung (Autobahn, Bundesstraße, ICE-Bahnhof; LVZ, 13.7.95). Anfang April 1996 soll die Neue Messe eingeweiht werden und irgendwann bis zu 4500 Arbeitsplätze bringen (und vier bis sieben Millionen DM Steuereinnahmen in Jahr; Zeitlupe 12/94).

Mittlerweile fanden weiter Ausstellungen auf dem alten Gelände statt. Statt zweier großer Messen (Frühjahr und Herbst) verlegte sich die Messegesellschaft auf kleinere Fachmessen. Die Vorhersagen der Messe-Geschäftsführung gingen aber nicht auf. Sie hatte vorausgesagt, bis 1998 schwarze Zahlen schreiben zu können, hat das aber inzwischen zurückgenommen. 1994 lagen die Verluste bei 40 Millionen (bei 80 Millionen Umsatz). Auch bei der Neuen Messe hat sich Sachsens Finanzminister schon auf jahrelange Subventionen eingestellt (LVZ, 31.8.95). In der gegenwärtigen bundesweiten Messeflaute sind kaum gute Geschäftsergebnisse zu erwarten. So sind die Chancen der Leipziger Messegesellschaft nicht besonders rosig, trotz der glitzernden Neuen Messe.

Leipzig bleibt Regionalliga!

stadt sollen noch Projekte für etliche Milliarden DM realisiert werden (z.B. am Markt, am Brühl, Leuschnerplatz). Neben Kaufhäusern und Geschäften werden hier einige Hotels gebaut (trotz einer Auslastung der schon bestehenden von weniger als 36 Prozent; LVZ, 6.12.95). Investoren sind vor allem Immobiliengesellschaften wie die Deutsche Immobilienanlagegesellschaft (DIA), eine Deutsche Bank-Tochter (500 Millionen Investitionssumme, LVZ, 26.9.95).

Die DIA investiert auch in den Büroneubau. Vor allem im Graphischen Viertel, südöstlich vom Zentrum, entstehen immer neue Büroflächen. Das ist um so erstaunlicher, als die Büromieten - wie auch in anderen Städten - gefallen sind, in Leipzig im letzten Jahr um 20 Prozent (LVZ, 19.9.95). Zudem liegt der Leerstand von Büros in Leipzig auf einem Rekordstand von 19 Prozent (Frankfurt/M 8,3, Berlin 5,3, München 3,5; LVZ, 16.12.95). Allerdings bauen einige Großbanken neue Zentralen (u.a. Dresdner Bank, Landeszentralbank Sachsen), wobei unklar ist, ob Leipzig damit endlich zur Bankenstadt im Osten werden wird, wie das seit Jahren angekündigt wird. Besondere Hoffnungen setzt die Stadtregierung in die Ansiedlung weiterer Betriebe aus dem Bereich Telekommunikation in der Region (auch Siemens ist ja in diesem Bereich). So soll u.a. ein Kommunikationszentrum in Schkeuditz (am Flughafen Halle/Leipzig) entstehen, wo Betriebe aus diesem Bereich einziehen werden (Mobilfunk, Datennetze; LVZ, 22.9.95). Größtes Einzelprojekt ist der Bau der Neuen Messe im Norden der Stadt. "Stadt des Handels" ist auch so ein Slogan, der hier immer wieder verbreitet wird.

Im Quelle-Versandzentrum:

Code Town Fun Club

Steht auf einem T-Shirt, das ein Kollege bei Quelle trägt. Codes gibt es da auch jede Menge, Fun eigentlich weniger. Aber von Anfang an: Im November bekam ich bei der Quelle Schickedanz AG & Co. einen befristeten Aushilfsvertrag für fünf Wochen. Der Stundenlohn liegt bei 13,22 DM. Arbeiten sollte ich in zwei Schichten und eventuell auch mal sonnabends. Denn O-Ton Einstellungsschreiben: "Millionen von Kundenwünsche wollen erfüllt werden".

Erst im Mai 1995 nahm Quelle den Versand vom neuen Zentrum im Norden Leipzigs auf. Neben dem Stammbetrieb Fürth/Nürnberg ist Leipzig nun die zweite Quelle-Zentrale in Deutschland. Angeblich ist das Versandzentrum derzeit das modernste in Europa. Beide Zentren zusammen verfügen heute über eine Versandkapazität von 58 Millionen Paketen jährlich. 1994 wurden - nur aus Fürth - 32 Millionen verschickt. Ein Teil der Außenlager in Fürth soll jetzt verkauft und die vorhandene Logistik Fremdkunden angeboten werden (Frankfurter Rundschau, 19.5.95). Lufthansa hat das bereits in Anspruch genommen. Bis Ende 1996 sollen in Nürnberg 1700 Stellen gestrichen (LVZ, 20.7.95), in Leipzig dann auf 2500 Arbeitsplätze aufgestockt werden. Der Lohn beträgt in Leipzig ein Fünftel des Lohns in Nürnberg. Später höre ich, daß sie den Versand in Nürnberg ganz dicht machen wollen.

In Leipzig wäre Quelle mit über 2000 Beschäftigten letztendlich einer der größten Unternehmen (Quelle-Beilage der Leipziger Volkszeitung, 17.5.95). Insgesamt hat Quelle für das neue Zentrum etwa eine Milliarde angelegt, das bisher größte Investitionsvorhaben in ihrer Geschichte, ein wahres "Symbol für den Aufbau Ost" (Quelle, auf einen Blick, Informationsbroschüre des Unternehmens, März 1994). Der Umsatz von Quelle in Ostdeutschland lag im Geschäftsjahr übrigens bei 300 Millionen DM.

"Heute ist nicht mehr 1986"

Der Bus hält vor dem Personaleingang. Wir steigen aus und gehen hinein in das manfestierte Zeichen der "kraftvollen Quelle" (Werbung). Der Betriebsschutz empfängt uns freundlich. Danach finde ich mich in einem kahlen Raum mit etwa 45 anderen Frauen. Eine Personalabteilungstante erzählt etwas über das 31-Stunden-Modell (siehe Kasten). Das gilt für uns Aushilfen zwar nicht, aber, so erklärt sie, falls wir übernommen werden, würden wir uns dann schon mal damit auskennen. Unsere Verträge sind ja alle auf fünf Wochen befristet. Später werden auch noch Leute für zwei Wochen eingestellt, die zum Teil vom Arbeitsamt oder der studentischen Jobvermittlung geschickt wurden.

Wir erhalten erstmal unseren Vertrag, den Betriebsausweis, die Betriebsord-

nung und Rabattmarken (wir erhalten als Mitarbeiterinnen bei Quelle einen Rabatt von zehn Prozent). Dann erfahren wir noch etwas über Schutzbestimmungen und bekommen einen Warenschein erklärt. Eigentlich kapiert niemand so richtig, was wir letzendlich machen sollen.

Bis hier waren alle freundlich, es bestand also kein Grund zur Beunruhigung. Aber nun kommen die Antreiberinnen in Person: "Meine Damen, hier wird gearbeitet!", "Essen und Trinken ist außerhalb der Frühstücksräume verboten!", "Hier zählt Leistung! Heute ist nicht mehr 1986! Wir leben im Kapitalismus und heute bleiben sie bis 18:15 Uhr!" Dann teilen sie uns in Schichten und Gruppen. Ein Verteilerlager soll das Revier sein, in dem wir mit einem Wagen in der einen und den Warenscheinen in der anderen Hand Waren kommissionieren sollen. Aufgeteilt auf drei Etagen und nochmals in Ost- und Westhalle stürzen wir uns dann ins Getümmel.

Kommissionierinnen

Dann stehen wir zwischen den Regalreihen im Verteilerlager. Hier gibt es zwei Bänder. Eines transportiert die

31-Stunden-Modell

Das 31-Stunden-Modell hat der Betriebsrat von Quelle Nürnberg, Vertreter der Gewerkschaft HBV Sachsen (Handel, Banken, Versicherungen) und der Personalrat von Quelle Leipzig vereinbart. Ziel des Betriebrates und der Gewerkschaft war es, die Festarbeitsverträge zu sichern. Mit dieser Regelung teilen sich 714 ArbeiterInnen 590 Vollzeit-Jobs (Frankfurter Rundschau, 29.6.95). Laut Roland Hoffmann, Verhandlungsführer der HBV im sächsischen Einzelhandel, könnte das Modell für Unternehmen auf der grünen Wiese richtungsweisend sein (junge Welt, 2.6.95). Seit Ende Juni ist raus, daß ein ähnliches Modell auch in Nürnberg eingeführt werden soll, dort allerdings mit voller tariflicher Wochenstundenzahl. Wie das genau aussehen soll, ist noch nicht bekannt (FR, 29.6.95).

Die 31 Stunden pro Woche richten sich nach einem Jahresarbeitszeitkonto von 1612 Stunden. 31 Stunden pro Woche sind nur eine Richtgröße, unterschritten werden dürfen sie nicht. Als im Sommer einmal nicht genug Bestellungen kamen, mußten die Kolleginnen die Gänge fegen. Wohl darf sie aber überschritten werden. Bis zu 46 Stunden die Woche sind möglich. Überstunden werden nicht bezahlt. Es gibt lediglich Zuschläge, wenn die Jahresarbeitszeit um mindestens 10 Prozent überschritten wird. Kurzarbeitsgeld gibt es auch keines. Bei Veränderungen der Arbeitszeit müssen vier Tage Ankündigungsfrist eingehalten werden. Egal wieviele Stunden die Woche gearbeitet werden, der Lohn ist am Ende derselbe. Zwischen 1100 und 1200 DM kommen raus, je nach Steuerklasse. Quelle feilscht jetzt um Stunden und Minuten und läßt jede Überstunde abbummeln, wenn die Auftragslage dies zuläßt.

Wannen, die wir bestücken müssen. Auf das zweite kommen die leeren Kartons aus den Regalen. Rechts und Links der Bänder stehen in gleichen Abständen Aufgabestationen für die Wannen und Drucker. Die Drucker sind mit der Zentrale elektronisch verbunden und bekommen von dort Druckbefehle für Warenscheine. Vereinfacht ausgedrückt, läuft das hier so: eine bestimmte Anzahl von Kundenbestellungen wird in sogenannten "Rythmen" zusammengefaßt, um die Bearbeitung effizienter zu machen. Dann wird geschaut, wie oft innerhalb eines Rythmus ein bestimmter Artikel bestellt wurde. Auf dem Warenschein, den der Drucker für uns Kommissioniererinnen ausgibt, steht dann nur noch die Gesamtzahl für jeden innerhalb des Rythmus' bestellten Artikels. Es wird also nicht mehr nach Einzelbestellungen kommissioniert. Möglich ist das nur über die computergesteuerte Verwaltung und Sortierung über Scanner usw.

Für uns beginnt die Arbeit am Drucker. Jede nimmt ein Stapel Warenscheine ("Päckchen") aus der Kiste, trägt Rythmusnummer und die Anzahl der Artikel in eine Liste ein und unterschreibt mit ihrem Kürzel. Mit einer leeren Wanne auf dem Wagen geht dann die Rennerei los. Zu jedem Drucker gehören etwa sieben bis acht Regalreihen. Auf dem Warenschein steht der genaue Standort der Ware im Lager, das nach einem Koordinatensystem organisiert ist. Wir nehmen die Artikel aus den Kisten, kleben die Warenscheine drauf und werfen ihn in die Wanne. Dann kommt der nächste Artikel. Wer Glück hat, braucht 20 Stück von einem Artikel oder kann das ganze Warenscheinpäckchen aus einem Gang bedienen. Sind die Warenscheine eines Päckchens verklebt und die Wanne voll, geht es zurück zum Drucker und der dazugehörenden Aufgabestation. Hier geben wir die Kopfdaten des Warenscheinpäckchens (Rythmusnummer usw.) per Scanner ein. Danach wird die Wanne auf die Aufgabestation geschoben. Der Computer erfaßt die Identifikationsnummer der Wanne, die per Chip an der Wannenunterseite befestigt ist. Bevor wir die Wanne losschicken können, müssen wir noch unseren Personalcode eingeben. Dieser ist auf dem Betriebsausweis gespeichert, den jede Kommissionierin am Band um den Hals trägt.

Am ersten Tag werden wir jeweils einer festangestellten Kollegin zugewiesen. Die Kollegin, zu der ich komme, erklärt mir erstmal, wie ich die Warenscheine auf die Waren aufkleben muß: gerade, nicht auf das Quelle-Logo, nicht auf den grünen Punkt und immer neben die Bestellnummer. Sie lacht und fängt an interessante Sachen zu erzählen. Sie arbeitet seit Februar hier. Am Anfang, bevor der Versand losging, waren noch keine Artikel in den Regalen. Die Arbeiterinnen mußten diese dann mit Scheuerlappen putzen. Sie lagen zwischen den Regalen und sahen hinterher aus "wie die Säue". Danach mußten sie die Regale auch noch einräumen. "Das war eine Scheiße!" Erst dachten sie alle, sie würden den Job die letzten paar Jahre bis zur Rente machen. "Aber das hält ja kein Mensch aus. Die Knochen sind jetzt schon kaputt!" "Von der ewi-

gen Rennerei und dem Streß. Wegen der Norm!" Später erfahre, daß die festangestellten Kolleginnen die Norm von 1400 Artikeln pro ArbeiterIn und Schicht erfüllen müssen. Für die Aushilfen kursieren unterschiedliche Zahlen. Mir hat niemand gesagt, was wir bringen müssen. Einige gehen von 1000 Stück aus, andere von 1200. Die Norm ist unter den Aushilfen die ganze Zeit Gesprächsstoff, aber dazu später mehr.

Zurück zu meiner Kollegin: Eigentlich hat sie einen 31-Stunden-Vertrag. Im Sommer sei das auch o.k. gewesen. Da gab es die 4-Tage-Woche. Aber jetzt machen sie seit zwei Wochen Überstunden und arbeiten sogar sonnabends. Ich solle erstmal langsam machen, sagt sie, für mich würde die Norm noch nicht gelten. Vielleicht ab nächster Woche und dann könnte ich immer noch rennen.

Bei uns beim normalen Kommissionieren sind an jedem Drucker zwei oder drei Frauen. Außerdem gibt es noch zwei andere Kommissioniervarianten. Dabei müssen die Arbeiterinnen durch die ganze Halle rennen. Sie bedienen Einzelbestellungen (Singles) oder bearbeiten Kundenbestellungen, die nicht vollständig geliefert wurden.

Schlichter

Am Ende der Gänge, über Kopfhöhe, kreist ein weiteres Band, daß die Kartons mit den Artikeln für das Lager heranbringt. In jedem zweiten Gang gibt es eine Rutsche, auf denen die Kartons runterkommen. Welcher Karton wohin gehört, bestimmt wieder ein Scanner per Strichcode. Hier arbeiten Männer als sogenannte Schlichter. Für ungefähr zwanzig Rutschen gibt es zwei Schlichter. Die heben die Kartons von der Rutsche auf Wagen, öffnen sie und sortieren sie in die Regale ein. Ist eine Rutsche voll, weil ein Schlichter grad nicht da ist, ertönt ein ohrenbetäubendes Pfeifen, das ihn zur Arbeit ruft.

Die Schlichter haben ebenfalls 31-Stunden-Verträge und verdienen auch 13.22 DM die Stunde. Die meisten sind fest angestellt, nur wenige arbeiten als Aushilfe.

Das Verhältnis zwischen Kommissionierinnen und Schlichtern ist eher distanziert. Die Männer scheinen bei dieser Überzahl an Frauen nicht so recht zu wissen, wie sie sich verhalten sollen. Die Schlichter haben keine Norm zu erfüllen und können hin und wieder eine kurze Pause machen. Daß trägt ihnen bei einigen Frauen den Ruf ein, faul zu sein. Zudem stellen sie hin und wieder die Gänge mit Kartons voll, um die Rutschen frei zu kriegen (und den Pfeifton abzustellen!), sodaß wir mit unseren Wagen nicht durchkommen. Unter den Schlichtern sind zwei Schwarze und ein Russe - die einzigen, die ich auf dem Gelände getroffen habe, die wohl keinen deutschen Paß haben. Einer der schwarzen Kollegen, mit dem ich ins Gespräch komme, erzählt, daß er zwar fest angestellt ist, aber nur noch diesen Winter hier arbeiten will. Im Frühjahr geht wieder auf den Bau. Dort verdient er mehr und hat bessere Arbeitsbedingungen. Seine Hautfarbe ist hin und wieder Grund für dumme Sprüche einer Frau, wenn wieder mal

ein Karton nicht an dem Platz war, wo er hingehört. Das bleibt aber Rumgemäkel und zu ihm selbst ist sie freundlich.

Das Verhältnis zwischen Festangestellten und Aushilfen ist entspannt. Es kommt lediglich zu kleineren Reibereien, wenn wieder mal zu wenig Wagen für die Wannen auf der Etage sind. Dann müssen wir nämlich einen Wagen teilen oder einen Karton hinter uns herziehen. Als immer neue Aushilfen eingestellt werden, wird das Problem mit den Wagen immer größer.

Bauführerinnen

Die Hierarchie auf den Etagen ist etwas undurchsichtig. An oberster Stelle gibt es zwei Abteilungsleiter, wovon sich nur der Stellvertreter hin und wieder blicken läßt. Dann die zwei, die uns Schichten und Etagen zugewiesen haben. Denen geht frau am besten aus dem Weg, was mehr oder weniger einfach ist. Die nächste Ebene ist eine Schichtleiterin, die für die gesamte Etage zuständig ist. Schließlich gibt es vier Bauführerinnen pro Etage. Die koordinieren die Rythmen und treiben uns an. Die Bauführerinnen verdienen genauso wenig wie wir und haben zum Teil vorher auch kommissioniert.

Die Kolleginnen sind etwa zwischen 18 und 55 Jahren. Alle haben eine Ausbildung, als Erzieherin, Sekretärin, Verkäuferin, Reprografin, Feinmechanikerin, Köchin, Chemiefacharbeiterin, usw.. Einige haben auch schon in DDR-Betrieben kommissioniert. Von den Jüngeren haben die meisten die letzten Jahre mit Umschulungen, Fort- und Weiterbildungen verbracht. Sie finden aber in ihrem Beruf keinen Job, jedenfalls nicht zu Bedingungen, die sie akzeptieren würden. Andere waren zuhause und haben kleine Kinder versorgt, die jetzt in die Schule kommen. Die Frauen können also wieder arbeiten gehen. Die älteren Kolleginnen haben ihr Leben in ein und demselben Betrieb zugebracht. Sie dachten, sie wären im Alter versorgt, und finden sich nun bei Quelle wieder. Einige erzählen, wie sie zu DDR-Zeiten gearbeitet haben. Das klingt dann schon nach großen Verlusten. Sie waren die letzten Jahre arbeitslos und müssen jetzt zusehen, wie sie die Jahre für die Rente vollkriegen. Alle sind verheiratet, leben mit jemandem zusammen oder noch zu Hause bei den Eltern. Geld und soziale Kontakte sind die meist genannten Gründe, weshalb sie wieder arbeiten wollen. Sie kommen aus der ganzen Region, aus Wurzen, Bad Düben, Markranstadt. Eine Kollegin aus Halle steht für die Frühschicht, die um sechs Uhr beginnt, um drei auf und bezahlt 300 DM für öffentliche Verkehrsmittel im Monat. Sie ist zur Aushilfe eingestellt und sagt, sie werde eine Festeinstellung ablehnen.

In der ersten Woche müssen wir zehn Stunden am Tag arbeiten, von 8:00 bis 18:15 Uhr. In der nächsten arbeiten wir dann in den normalen Schichten, 6:00 Uhr bis 14:30 Uhr Früh-, 11:30 Uhr bis 20:00 Spätschicht. Es gibt eine Pause, die 45 Minuten lang ist. In der Frühschicht beginnt sie um 11:30 Uhr, in der Spätschicht um 13:15 Uhr. Das bedeu-

tet, daß wir fünfeinhalb Stunden durcharbeiten müssen, in der Frühschicht am Anfang, in der Spätschicht zum Ende. Einige sind deswegen zu den Bauführerinnen gegangen und haben gefragt, ob es nicht möglich wäre, die Pause zu teilen. Das wurde aber nicht erlaubt. Also mußten alle zusehen, wie sie das Verbot umgehen. Je nach Etage war das mit mehr oder weniger Risiko verbunden, aber wer hält es schon in dieser trochenen Luft ohne Getränke aus. Begründet wurde diese Regelung immer mit der Kantine. Die Frauen dort wären auf Teilzeit (ach!) und sie könnten deshalb die Kantine nicht länger öffnen. Sie arbeiten dort sozialversicherungsfrei, nach der 470 DM Variante. Natürlich war das bloß ein Vorwand, um die Pausen nicht verändern zu müssen.

"Wenn Gott gewußt hätte, daß ich mal bei Quelle arbeite, hätte er mir vier Arme gegeben."

Bei unserer Einstellung wird nichts von einer Norm gesagt. Aber es geht wie ein Lauffeuer rum, daß keine fest eingestellt werden wird, die die Norm nicht schafft. Die Zahlen, die wir angeblich bringen müssen, variieren. Da heißt es einmal, wenn die Aushilfen 1000 bis 1200 schaffen, wäre das o.k.. Dann heißt es, 1200 sei Minimum. Bei den Festangestellten gilt eine Norm von 1400, aber Kolleginnen erzählen, daß das die wenigsten schaffen. Eigentlich gibt es keinen Grund zum Rennen. Es existiert kein Leistungslohn und Entlassungen aufgrund mangelnder Leistung sind lediglich Gerüchte. Für die Aushilfen aber ist die Norm der Schlüssel zur Festeinstellung. Wieviele am Ende tatsächlich eingestellt werden, bleibt natürlich die ganze Zeit unklar. Wahrscheinlich ist es auch gar nicht so wichtig. Die Norm erfüllt ihr Ziel: uns anzutreiben. In einer Etage werden die Kolleginnen angehalten, ihre Stückzahl selber aufzuschreiben und auszurechnen. Reine Schikane: per Computer wäre es ein Leichtes gewesen, die Zahl zu ermitteln.

"Scheiß Kapitalismus"

Manchmal habe ich eine spannende Pausenrunde. Sie ist sehr gemischt. Die Jüngste ist 19, die älteste Anfang 50. Zwei sind festangestellt, die anderen Aushilfen. Wir kommen aus allen Etagen und eine macht Single-Versand. Obwohl einige die Norm ernst nehmen, ist die Loyalität dem Betrieb gegenüber gering. Gesprochen wird auch über die bevorstehende Betriebsratswahl und Gewerkschaften überhaupt. Da beteiligen sich haupsächlich die Älteren. Es ist schon klar, daß man nur der Gewerkschaft betritt für einen eventuellen Streik. Größeres könnte man von der HBV nicht erwarten, schließlich hat sie uns die Misere mit dem Jahresarbeitszeitkonto eingebracht. Natürlich ist es prima, im Sommer einen Tag frei zu haben und nur sechs Stunden täglich zu arbeiten, aber das, was sie im Moment mit uns machen, ist eine Sauerei.

Bislang gibt es in Leipzig keinen Betriebsrat. Die Wahl findet im Januar statt und die Liste der KandidatInnen ist

schon an den schwarzen Brettern einzusehen. Wir kennen nur die aus den Verteilerlagern. Dort kandidieren zwei Bauführerinnen, ein Schlichter und eine von denen, die uns in Schichten eingeteilt hat. Na, prima, wer soll die denn wählen? Eine Kollegin meint, sie würde die Wahl boykottieren, wenn sie nur InteressensvertreterInnen von Quelle wählen kann. Ein starker Betriebsrat müsse her, einer der den Mund aufmacht. Bei diesen Gesprächen bleibt am Ende immer das Gefühl übrig, daß wir doch selber etwas tun müßten. Und wie klasse es doch wäre, wenn wir alle zusammenhielten.

Dienstags ist die Stimmung am gespanntesten. Das ist der Tag, an dem laut Tarifvereinbarungen bekannt gegeben werden muß, ob wir am Sonnabend arbeiten müssen. Bis auf einmal, kurz vor Ende unseres Vertags, müssen wir jedes mal kommen. Wir sind alle stinkesauer, jedesmal auf's Neue. Dann dampft die Luft vor Flüchen und Verwünschungen. Imaginäre Bombendrohungen sind zu hören und daß der Kapitalismus Scheiße ist. Aber bis auf einige, die krank sind (oder machen), kommen alle. Gleich in der ersten Woche werden zwei Kolleginnen entlassen, weil sie sonnabends nicht kommen.

Quelle-Rythmen

Die Arbeit wird in den Schichten unterschiedlich organisiert. In der Frühschicht sind 75 Prozent der Belegschaft, in der Spätschicht 25 Prozent. Von der Kommissionierung (Verteilerlager) brauchen die Artikel einer volle Wanne etwa zwei bis drei Stunden bis sie bei den Packerinnen (Versand) ankommt. Damit die Kolleginnen nicht morgens zwei Stunden rumstehen, muß die Spätschicht vorarbeiten.

In der Frühschicht haben alle ihren festen Ort, an dem sie die ganze Schicht über bleiben. Falls Arbeiterinnen an einem Drucker langsamer sind, schicken die Bauführerinnen Kolleginnen zum helfen. In der Spätschicht hat keine einen festen Ort. Alle fangen in einer Etage an und arbeiten drei Rythmen ab. Danach gehen sie alle in die nächste Etage, usw.. So geht das den ganzen Nachmittag. Am Anfang regen sich die meisten über dieses Hin und Her auf. Man sei die ganze Zeit dabei, auf die Fahrstühle zu warten und unnütz rumzurennen. Dabei geht viel Zeit verloren, sodaß die Norm nicht annähernd erfüllt werden kann.

Wir sollen dann die leeren Wagen, die wir eigentlich immer mitnehmen, in den Etagen stehen lassen. Das würde schneller gehen, weil wir dann die Treppe nehmen können und nicht auf den Fahrstuhl warten müssen. Das können sie aber nicht durchsetzen. Wir wollen die Wagen mitnehmen, weil wir an diesen unsere Brote und Getränke versteken.

Immer öfter kommt es zu Chaos, weil das Band wegen Überlastung stehen bleibt. Wir müssen dann zwar weiter kommissionieren, können die Wannen aber nicht abschicken und müssen sie "abstapeln". Dann bestimmen wir die Geschwindigkeit des weiteren Kommissionierens selber. Wenn das Band schließlich wieder läuft, sind oft die Kolleginnen, die die Artikel kommis-

sioniert haben, gerade nicht mehr da. Sie können also ihren Personalcode nicht eingeben. So machen das andere und es kommt zu einem heilosen Durcheinander.

In der Spätschicht ist es möglich, den Augen der Bauführerinnen, Schichtleiterinnen und all diesen Aufsichten zu entgehen. Man muß nur zu den ersten gehören, die auf einer Etage ankommen. Dann hat man genug Zeit, sich mal hinzusetzen, etwas zu essen und einen Schwatz zu halten.

Für mich hat das Wechseln der Etagen nur Vorteile. Ich treffe immer wieder Kolleginnen, mit denen ich mich bereits angefreundet habe. Allmählich entstehen kleine Gruppen, die sich immer an bestimmten Orten finden. Die Faulen und Renitenten blinkern sich dann schon zu Schichtbeginn zu. Im Laufe der Zeit, als die Druker immer weniger ausspucken und wir schon überlegen, ob wir statt dem Kommissionieren nicht lieber Gameboy spielen sollen, blinkern sich immer mehr zu. Aber damit jetzt kein falscher Eindruck entsteht: wir haben alle weiter kommissioniert und alle kleinen Freiheiten, die wir uns rausnehmen, sind heimlich.

Ich gerate ein- oder zweimal mit der Bauführerin, die Betriebsrätin werden will, aneinander. Als sie mich dann beim offensiven Nichtstun erwischt, muß ihrer Meinung nach etwas geschehen. Sie schickt mich in eine andere Halle, in der ich unentwegt Kartons öffnen muß: Strafarbeit. Eine meiner Lieblingskolleginnen ist bereits da und nach und nach kommen immer mehr von denen aus dem Verteilerlager.

Diese Halle ist ziemlich unübersichtlich. Auf der einen Seite kommen die vollen Kartons an, die uns von Kollegen vor die Nase gestellt werden. Wir müssen sie öffnen, den Inhalt in eine Wanne kippen und die auf das Band schieben. Am Ende des Bandes stehen die Packerinnen. Die packen im Akkord, Norm 600 Stück. Dort gibt es nur eine Bauführerin, die alle wichtigen Wege im Auge hat. Später sollen wir nicht mehr das Band benutzen, sondern die Artikel per Wagen zu den Packerinnnen schieben. Das ist natürlich die Gelegenheit sich mal in der Halle umzuschauen. Die Bauführerin ist jetzt beschäftigt und wir machen immer langsamer.

Die nächste Woche habe ich wieder Frühschicht. Die Drucker drucken wieder wie blöde und die Antreiberinnen versuchen, wieder anzutreiben. Inzwischen läuft die letzte Woche für die Aushilfen. Die übernommen werden, wissen es schon. Die anderen sind nicht besonders traurig, danach wieder arbeitslos zu werden. Fast keine läßt sich noch antreiben. Wir haben unser eigenes Tempo und lassen uns von den Bauführerinnen auch nicht mehr beeindrucken. Aber wir kommissionieren. Am Dienstag heißt es dann, wer wolle, könne eine Überstunde machen. Aber wer will das schon? Es finden sich ein paar, die tatsächlich bleiben wollen, aber die meisten sagen, daß sie gehen werden.

Nach der Pause kommen dann die Bauführerinnen und verkünden, daß nun aber am nächsten Tag alle eine Überstunde machen müssen. Inzwischen ist übrigens der Krankenstand

schon ziemlich hoch. Wahrscheinlich wird er nun noch mehr steigen.

Am folgenden Tag kommt die Spätschicht eine Stunde früher und wir arbeiten eine Stunde länger. Kurz vor Ende der Schicht werden wir zusammengerufen. Ein "Mantelträger" hält eine Ansprache. Zu verstehen ist kaum etwas, nur soviel, daß sie eine Werbeanzeige geschaltet hätten: wer bis 21.12. bei Quelle bestellt, hat das Paket am 24.. Deshalb sollen wir also "etwas Gas geben". Wer wolle, könnte doch noch eine Stunde länger bleiben (jetzt also schon zwei Überstunden!). Als es alle mitgekriegt haben, fangen viele an, wild zu schimpfen und zu gestikulieren. Die meisten haben diese zweite Überstunde nicht gemacht und auch die restliche Zeit bis Schichtende nicht daran gedacht, sich auch nur ein kleines bißchen schneller zu bewegen.

Was bleibt?

Ich hatte mich mit dem Gedanken bei Quelle beworben, "mal bei einem Betrieb, der auf der grünen Wiese gebaut worden ist, reinzuschauen". Nun hatte es geklappt. Quelle stellte mich ein und es war klar, ich könnte erstmal nur die Augen und Ohren weit aufsperren. Weitergehende Vorschläge in Bezug auf Intervention oder gemeinsamen Aktionen würden nicht laufen. Ich hatte ja nicht mal eine Gruppe, die von außen Unterstützungsarbeit in Form von Flugblattverteilen usw. hätte leisten können.

Schon in der ersten Woche vermißte ich solch eine Gruppe, weil ich das Gefühl hatte, daß etwas zur Samstagsarbeit passieren müßte. Es hätte die Stimmung im Betrieb getroffen.

Einmal verteilten übrigens MLPDler ein Flugblatt zu den Streiks in Frankreich. Es sorgte für allgemeine Erheiterung, als ein Kollege einige Passagen daraus vorlaß, in denen "Marxismus/Leninismus" vorkam: "Das haben wir ja noch nie gehabt!"

Insgesamt habe ich mich ziemlich ruhig verhalten, viel nachgefragt, aber selten Diskussionen forciert. Ich wollte vor allem wissen, was die Kolleginnen erzählen. Gegen Ende dachte ich manchmal, ich hätte offensiver sein müssen. Für mich ging es immer um die Frage: Wie entsteht Kollektivität, bzw. was verhindert sie? Am Anfang war ich in gewisser Weise beeindruckt von den vielfältigen Kontrollmaßnahmen des Betriebs. Hier wirkten zwei Sachen zusammen: die Kontrolle über Computer und Vorgesetzte und das Versprechen auf Festeinstellung, falls Frau die Norm erfüllt. Als klar war, daß es nur wenige Festeinstellungen geben würde, wurde es für die Bauführerinnen immer schwieriger, uns zum Arbeiten zu bewegen. Die Kolleginnen entwickelten sich zu Meisterinnen der individuellen Verweigerung. Aber die BauführerInnen reagierten: Verstanden sich zwei am Drucker gut, wurden sie getrennt. Hatten zwei das gleiche Anliegen, weshalb sie an einem Tag frei haben wollten, bekam die eine frei, die andere nicht. "Früher mußte man in der Partei sein, heute braucht man die richtige Nase. Das ist doch alles Nasenpolitik, was die hier machen. Sie schaffen es schon, das wir uns uneins sind." An allen Ecken lauerten Schikanen.

Einmal standen einige Arbeiterinnen drei Minuten vor Schichtende vor der Stempeluhr, als der stellvertretene Abteilungsleiter vorbei kam. Der veranlaßte sofort, daß ihnen 30 Minuten von der Arbeitszeit abgezogen wurden. Ein anderesmal bekamen einige Kolleginnen einen Eintrag, weil sie eine Kerze im Nichtraucherraum entzündet hatten. Und so ließe sich die Liste weiter fortsetzen.

Insgesamt blieb das Gefühl, daß es Möglichkeiten gäbe, dort mit Kolleginnen zusammen Aktionen zu forcieren. Die Loyalität Quelle gegenüber war gering. Es war klar, daß sie uns verheizen und dann die nächsten holen. Und alle hatten die Arbeitslosigkeit erlebt. Sie stand nicht mehr als große Angst im Nacken. Einigen war zwar die Decke auf den Kopf gefallen, andere hatten sich aber ganz gut damit zurecht gefunden. Und so lang können die Schlangen der Arbeitslosen vor Quelles Toren nicht gewesen sein, wenn sie Leute vom Arbeitsamt holen müssen.

Päckchenwerfen

Frachtpostzentrum

Seit letztem Sommer hat die Post entgültig ihr neues Versandsystem für den Paketdienst umgesetzt. In 33 neu gebauten Frachtpostzentren (FZ) werden alle Sendungen sortiert und schon in die Behälter für einzelne Zustellbezirke gelegt. In einer "Mitarbeiterzeitung" der Post beschweren sich einige ArbeiterInnen aus den FZs, daß sie dort fast nur Spät- und Nachtschicht machen müssen. Zudem seien Anfahrtswege zu lang: die meisten sind ja aus einem der vielen kleineren Paketpostamte in die FZs versetzt worden (ansonsten steht da viel von "neu, modern, sauber" und so). Von den FZs bringen LKW-FahrerInnen die sortierten Behälter zu neu eingerichteten 480 Zustellbasen (ZB) (hier nur 25 Prozent Neubau). Dort packen dann die Zusteller die Pakete in die Auslieferungsfahrzeuge für einen der 14.500 (statt bisher 12.000) Zustellbezirke. Die Zusteller (arbeiten jetzt übrigens fünf Tage die Woche acht Stunden, statt sechs Tage) bekommen mittlerweile auch computerausgestellte Zustellisten, die sie dann abarbeiten müssen. Bei fünf der 33 FZs gibt es noch Internationale Frachtstationen, die für die Post ins europäische Ausland zuständig sind. In Leipzig/Radefeld ist das die für die GUS-Staaten, das Baltikum, Polen und Tschechien. Versendung und Sortierung ist voll auf computerlesbare Codes umgestellt worden, die auf jeder Sendung aufgeklebt werden und angeben, wo es hingehen soll. Insgesamt hat die Post mittlerweile wieder einen Marktanteil am Frachtdienst von 26 Prozent (angeblich mit weiter steigender Tendenz). 80 Prozent der Sendun-

gen (derzeit über 700 Millionen jährlich) sind von gewerblichen Kunden, der Rest von privaten. (Seht zur Post auch die Artikel in den letzten Nummern der Wildcat-Zirkulare!)
Hier ein Bericht von einer der modernen neuen Sortieranlagen im Frachtpostzentrum Radefeld:

Klatter, klong, klak - die Kiste kippt weit oben vom Band, fällt die Stufen der Holzrutsche runter, windet sich vorschriftswidrig und in Zeitlupentempo über die untere, metallene Abgrenzung und zerbirst vor meinen Füßen. Dreißig widerliche Reisekataloge ergießen sich über den Betonboden. Ich grinse - das erstemal in dieser Schicht, die schon anderthalb Stunden alt ist und nie zu enden scheint.

Es gibt wenig Spaß in dieser Versandhalle der Deutschen Post AG am Rande von Leipzig. Nagelneu wurde sie auf die Wiese an der Autobahn gestellt und ich erlebe die modernste Technik der Postsortierung - für mich eigentlich spannend, weil ich vor über acht Jahren schon mal in einem Paketversandzentrum im Westen gearbeitet habe und jetzt den Vergleich mit der damaligen Technologie und Arbeitsorganisation habe. Zwei Sachen fallen gleich auf. Zum einen hat die Post den Frachtverkehr fast völlig auf Lkw und Straße verlegt (bis 1998 soll wohl wieder 70 Prozent auf die Schiene, aber die Deutsche Bahn AG ist noch nicht so weit). Wo wir früher stundenlang Güterwagons ent- und beladen haben und uns mit den Rollbehältern die Bahnsteige entlangquälen mußten, wurde die neue Halle jetzt gleich so gebaut, daß zwischen Band bzw. Rutsche und dem Lkw-Hafen gerademal fünf Meter liegen. Einfach Rolladen hoch und du stehst vor der Ladefläche. Förderbänder können gleich in den Lkw gelegt werden. Wo aber früher auf den Bahnsteigen und in den Waggons jede Menge räumliche und zeitliche Nischen waren, in denen mensch auch mal rumflezen konnte, fallen die nun weg.

Zum anderen ist der Sortiervorgang weiter automatisiert worden. Wo vor Jahren noch die Pakete auf die Bänder gekippt und von Hand dann markiert und später in die richtigen Rutschen gestoßen wurden, macht das heute eine Sortieranlage mit Strichcode und Scanner. Der ganze Arbeitsgang des Markierens und Aussortierens fällt also weg. Was geblieben ist, sind Sonderaufgaben: Behandlung beschädigter Pakete, Codierung uncodierter Pakete, usw. Da die computergestützte Sortieranlage jetzt im Mittelpunkt steht, bestimmt die auch das Tempo und den Rythmus der Arbeit. Viele Punkte, an denen die ArbeiterInnen früher durch Überlastung des Bandes oder andere kleine Sabotageakte Pausen rausschinden konnten, fallen weg. Der Computer bietet da weniger Möglichkeiten.

Fünf Vorsortieranlagen und zwei Hauptbänder stehen in dieser Halle. Die ist wie ein großes U gebaut, wobei sowohl vom Innenhof als auch von außen die Lkws an das Gebäude rankommen. Die angelieferten Pakete werden auf Vorsortierer gelegt und dann über kleinere Bänder auf eines der beiden Hauptbänder gefahren. Zwischendurch liest ein über dem Band angebrachter Scanner den Strichcode, der

mittlerweile fast überall bei der Aufgabe im Postamt auf das Paket geklebt wird. Genauer genommen gibt es zwei Strichcodes: einer für die Identifikation des Paketes, damit später Kunde und Post den Versandweg nachvollziehen können, und einer für den Zielort, nach dem der Computer die Rutsche bestimmt, an dem er das Paket wieder vom Band kippen muß. Dort fällt es dann eine der Rutschen runter und wird wieder auf Rollbehälter geladen. Die werden in Lkws geschoben, die andere Frachtzentren oder Zustellbasen anfahren. Abgesehen von den Sonderaufgaben, den Technikern, die die Anlage warten, den Aufpassern und einigen SchlepperfahrerInnen, die die Rollbehälter durch die Halle ziehen, gibt es eigentlich nur zwei Jobs: erstens aus den Behältern auf die Bänder packen und zweitens von den Rutschen in die Behälter packen.

Aus den Behältern auf die Bänder ist so ein richtiger Fabrikjob. Paket nehmen, auf die richtige Seite drehen, sodaß der Strichcode oben ist, und rauf aufs Band. Dann das nächste Paket. Wenn der Behälter leer ist, steht da gleich der nächste. Einer ist nur damit beschäftigt, an unseren Vorsortierbändern die vollen Behälter nachzuschieben, sodaß wir nicht rumstehen. So geht das dann stundenlang. Der Schichtleiter steht auch meistens hier rum, damit auch alle schön fleißig sind. Hier entscheidet sich eigentlich die Geschwindigkeit der Anlage: je schneller wir arbeiten, je mehr Pakete im System, je schneller sind sie an den Rutschen angelangt und können raus. Ab und an hält mal das Band - vielleicht alle 15 Minuten - aber das dauert meist keine zwei Minuten, bis die Techniker den Fehler gefunden haben und dann geht es gnadenlos weiter.

Der Job an den Rutschen ist ebenso nervig - wenn auch meist etwas ruhiger. Ungefähr 70 davon liegen an jeder langen Seite des Us. Alles hell, gerade, gut einsehbar. 20 bis 30 Rutschen davon machst du alleine klar. Vor jeder Rutsche steht ein Behälter, den du nach und nach vollmachst. Dann schreibst du Datum und Uhrzeit drauf, ziehst ihn raus, stellst ihn für den Lkw-Fahrer, der ihn später abholt, an die Seite. Jetzt baust du einen neuen Behälter auf - die lassen sich zusammenklappen - und schiebst diesen in die freie Stelle. Das machst du nach und nach mit über 20 Behältern an über 20 Rutschen. Du wanderst die 30 Meter rauf und runter, wuchtest hier und da ein paar Pakete rüber - und wieder rauf und runter, rauf und runter. Die nächste Kollegin schuftet 30 Meter weiter. Keine Kommunikation, nur die Arbeit - und deine Phantasie: Damals in den Güterwaggons die Lebkuchenparties mit den Befristeten und die Versteckspiele und die Gaudi mit den zahlreichen aber dummen Aufpassern. Hier gibt es auch Lebkuchen, aber die bleiben verpackt. Über 80 Prozent der Pakete sind übrigens von Versandhäusern oder anderen Firmen und da natürlich vor allem Quelle, das einen Hinkelsteinwurf von hier ein neues Versandzentrum aufgebaut hat. Die wenigen Privatpakete bekommen dann auch Sonderbehandlung, während die Versandhauspakete, aber naja ...

Ich schlurfe den Gang hoch. Mittlerweile tut mir der Rücken weh, obwohl

ich schon verdammt aufpasse und hier auch meine Kenntnisse von "damals" einbringen kann. Die Rollbehälter sollen natürlich platzsparend und sicher beladen werden. Das kostet aber viel Zeit und du müßtest jedes Paket legen, was auf den Rücken geht. Also baust du mit einigen großen Paketen vorne eine Mauer, die gut aussieht und stabil ist. Sie darf auf keinen Fall umfallen, denn das Aufzusammeln ist echt zum Kotzen. Dann schmeißt du die kleineren Pakete elegant dahinter. Locker aus dem Handgelenk. Ab und an stellt du dir vor, du wärst Scottie Pippen von den Chicago Bulls und dunkst die Dinger von oben oder machst ein paar coole Korbleger. Aber das wird schnell wieder langweilig.

Gegen die Rückenschmerzen versuche ich so zu laufen wie Vince aus "Hass" - langsam und schön wiegen ("Hass" ist der Film über einen Pariser Vorort, wo einer von den Bullen angeschossen wird und Vince bei dem anschließenden Riot die Knarre von einem Bullen findet; er beschließt, einen Bullen abzuknallen, falls sein Freund stirbt). Aber der Gangsta-Schlurf bringts auch nur kurz, weil da ja immer weiter Pakete runterkommen und du dann doch noch die vollen und schweren Behälter wegziehen mußt.

Paris, Frankreich bringt mich noch auf andere Gedanken. Da streiken sie ja gerade auch bei der Post und die Deutsche Post AG hat ihnen die Auslandspakete abgenommen. Streikbrechen, nennt mensch das. Ein Sprecher der DPAG hat das als Unterstützung der befreundeten französischen Post bezeichnet und das mit dem Streikbrechen abgestritten. Einer von der Postgewerkschaft hat gemeint, sie müßten die Post weiterleiten - wegen irgendwelcher Abkommen. Ich beschließe, das mit den PostarbeiterInnen hier zu besprechen - wenn ich mal mit denen reden kann. Während der Arbeit sehe ich sie nicht, die Pause machen wir versetzt, damit die Rutschen nicht vollaufen und nach der Schicht rennen alle nach Hause ...

Vince mit seiner Knarre ist eigentlich eine gute Identifikationsfigur - für die Zeit an den Rutschen jedenfalls. Allerdings interessieren die Bullen hier gerade weniger. Eher Klaus Zumwinkel, der Postchef und -sanierer, der Kopf der Umstrukturierungsmaßnahmen, die in fast allen Bereichen zu erheblicher mehr Arbeit geführt haben. Und mehr Arbeit heißt auch hier: weniger Leben. Jedesmal wenn ich einen Behälter aufklappe und die Bodenfalle runterfallen lasse, klingt das wie ein Schuß. Genau zwischen die Augen.

Klatter, klong, klak - wieder einer von diesen Reisekatalogkartons. Und siehe da, er schafft es wieder über die untere Abgrenzung und Peng! Sudafrika - Sommer, Sonne und schöne Menschen. Aber dann an der nächsten Rutsche: Teufel auch, welches beschissene Arschloch bestellt eigentlich Heizradiatoren? Die sind sauschwer! So verfluche ich gelegentlich eine frierende Oma in Zwickau - und träume weiter von Vince in Frankreich.

Letzte Meldung

"In Frankreich ist die letzte betreikte Verteilerstelle der Post am Donnerstag von einer Hundertschaft der Bereitschaftspolizei geräumt worden. Die Sicherheitskräfte drangen am frühen Morgen in das Verteilerzentrum von Caen in der Normandie ein, wo der Ausstand am 28. November im Rahmen der allgemeinen Proteste gegen die Sparpläne der Regierung begonnen hatte. Die rund 15 streikenden Postler, die das Gebäude zuletzt noch besetzt gehalten hatten, ließen sich widerstandslos abführen. Mit ihrem Ausstand hatten sie vor allem die Umwandlung ihrer befristeten Arbeitsverträge in unbefristete Verträge erreichen wollen."

(junge Welt, 29.12.95)

Arbeitsamtsozialismus

Nannte ein Schreiberling der "Zeit" die "Weiterzahlung" der Löhne der DDR-ArbeiterInnen und die vielen Transferzahlungen über den Bundeshaushalt, die Arbeitslosenversicherung usw. (Zeit, 22.9.95).

Tatsächlich schien - wie oben beschrieben - der Druck der DDR-ArbeiterInnen, die ab 1989 materielle Verbesserungen forderten, zu reichen, um dem BRD-Kapital und seinen politischen Vertretern klarzumachen, daß nur ein deutliches Entgegenkommen einen einigermaßen ruhigen Übergang möglich macht. Bei den sozialstaatlichen Leistungen (Arbeitslosenkohle, ABM-Stellen, Beschäftigungsgesellschaften, Umschulungen, Renten usw.) wurden denn auch Milliarden lockergemacht, die eine Verbesserung der Versorgung und die Erfüllung von Konsumwüschen ermöglichten. Weitere staatliche Subventionen sollten die Infrastruktur (Kommunikation, Verkehr, usw.) verbessern. Nicht zuletzt sorgten dann die trotzdem stattfindenden Kämpfe der ArbeiterInnen zum Beispiel in der Metallindustrie dafür, daß die Löhne in diesen Bereichen viel schneller Richtung Westniveau angehoben wurden, als sich das die Unternehmer vorgestellt hatten. Oft lagen - wie auch schon erwähnt - die Lohnerhöhungen weit über den Fortschritten bei der Produktivität. Die Bundesbank beklagte im Juli 1995, daß die Löhne Ende 1994 schon bei 70 Prozent des Westniveaus lagen, während die Produktivität bei 54 Prozent pendele (LVZ, 21.7.95). Dieser Zusammenhang wird natürlich von den Unternehmen auch immer dann angeführt, wenn sie eine Fortführung der staatlichen Subventionen verlangen, da ohne diese Investitionen im Osten unrentabel wären.

Im Wartesaal auf dem Arbeitsamt sitzen vier Frauen um die 50 und unterhalten sich. Die eine beschreibt, wie sie sich als Krankenschwester in einem Krankenhaus vorstellte. Sie soll ein Gesundheitsbescheinigung vorweisen (wegen Schicht- und Nachtarbeit). Die zuständige Ärztin gibt ihr aber keine, da sie nicht mehr gut laufen kann. Der Personalchef vom Krankenhaus will sie aber trotzdem einstellen. Die Frauen sind empört. Die Betroffene beugt sich dann zu den anderen und meint: "Die wollten mir für 40 Stunden die Woche 1200 DM im Monat zahlen. Wäre ich ja blöde, ich bekomme so 1100 DM Arbeitslosengeld!"

Prozente

Die Situation der ArbeiterInnen 1995, fünf Jahre nach der "Einheit", läßt sich natürlich an Zahlen nur leidlich ablesen. Sie geben nur Hinweise.

Die tatsächliche Höhe der Löhne gemessen am Westen ist je nach Branche sehr unterschiedlich. Sie liegen zwischen 70 und 95 Prozent (siehe Kasten, Absatz 1). Die Termine für die endgül-

In Zahlen

1. Nach Informationen des WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB) reichten die Tariflöhne (das heißt nicht, daß die unbedingt auch bezahlt werden!) von um 95 Prozent (Metall, Druck) bis runter auf um 70 Prozent des tariflichen Westlohns (Hotels und Gaststätten, Bekleidung, Transport und Verkehr; LVZ, 29.7.95).

2. Die LVZ nennt für die BRD einen Anstieg der Belastung der Löhne durch Steuern und Sozialabgaben von 37 Prozent zwischen 1991 und 1995 (29.11.95). Die Reallöhne sind nach Angaben des DGB im Westen 1994 um 2,8 und 1995 um 1,9 Prozent zurückgegangen. Für den Osten lag der Zuwachs 1994 bei 0,1, 1995 bei 3,7 Prozent. Insgesamt liegen die Einkommen im Osten bei ca. 75 Prozent des Westens, nach Abzug der Kaufkraftunterschiede bei 87 Prozent (LVZ, 14.12.95).

3. In Leipzig bekamen 1994 über 25.000 Personen Sozialhilfe, 32.000 Wohngeld, (1992 noch 77.000), 31.000 waren arbeitslos gemeldet, eine Quote von 11,2 Prozent (bei Männern 7,8, bei Frauen 14,6) (SJL, S. 60, 62, 117).

4. In der BRD soll es nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 4,5 und sechs Millionen geringfügig Beschäftigte geben. Bei ihnen fallen Steuern und die Sozialversicherungspflicht weg. Im Westen dürfen monatlich 580 DM, im Osten 470 DM verdient werden, bei höchstens 15 Wochenstunden. Ab 1996 liegen die Sätze bei 590 DM bzw. 500 DM. 60 Prozent der "Geringfügigen" sind Frauen. Die zweitgrößte Gruppe sind SchülerInnen und StudentInnen (die Frauen darunter wurden bei den 60 Prozent wohl nicht mitgezählt! LVZ, 15.12.95).

tige Angleichung der Löhne schwanken und sind weiter Ursache für Kämpfe, im gerade vergangenen Jahr zum Beispiel im Einzelhandel und der Süßwarenindustrie. Streiks fanden im Juli u.a. in den Keksbuden in Halle, Delitzsch und Wurzen statt (alle im Umkreis von 50 km von Leipzig).

Durchschnittszahlen über die Osteinkommen im Vergleich zum Westen sagen auch wenig aus, zumal ja die Löhne im Westen in den letzten Jahren stagniert oder sogar schlechter geworden sind. Zudem ist die Belastung durch Steuern, Sozialversicherung und andere Ausgaben weit höher, als noch vor ein paar Jahren. Insgesamt sollen die Ostlöhne bei 75 Prozent der Westlöhne liegen, unter Berücksichtigung der Kaufkraftunterschiede bei fast 90 Prozent (siehe Kasten, Absatz 2).

Bei anderen tariflichen Bestimmungen gibt es ebenfalls weiter Unterschiede zwischen Osten und Westen. Im Durchschnitt beträgt die tarifliche Wochenarbeitszeit im Osten 39,7 Stunden (Westen: 37), die jährlichen Urlaubstage 27,5 (Westen: 29,5; ebd.).

Die Arbeitslosigkeit liegt im Schnitt im Osten um die 15 Prozent. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Hinweis vom Brandenburgischen Wirtschaftsminister, daß die Arbeitslosigkeit bei Wegfall von ABM, Vorruhestand

und Umschulungen in seinem Land bei über 30 Prozent läge (ND, 29.8.95). Dabei ist die Arbeitslosenquote für Frauen und Männer unterschiedlich: in Sachsen liegt sie insgesamt bei 14,4 Prozent, für Frauen aber bei 19,5, für Männer bei 9,2 Prozent (LVZ, 8.12.95). Auch bei den derzeit stattfindenden Entlassungen aus den Verwaltungsapparaten, die während der ersten Jahre der Rationalisierungen - anders als die Produktion - eher verschont blieben, trifft es in erster Linie Frauen. Von Politikern und Wirtschaftswissenschaftlern wird immer wieder darauf hingewiesen, daß nur ein Rückgang der Zahlen "arbeitswilliger" Frauen in Ostdeutschland zu einer Angleichung der Arbeitslosenzahlen in Ost und West führen wird. Die Quote der Ostfrauen, die sich arbeitslos melden, liegt weit höher als im Westen. So forderte auch ein Vertreter des Instituts für Wirtschaftsforschung, Halle, daß sich mehr Personen aus dem Arbeitsleben zurückziehen sollen (Berl. Zeitung, 24.6.95). Wen könnte er gemeint haben?

Warum sich die Frauen weiter arbeitslos melden, fragen sich die Herren wohl nicht. Trotz der (tariflichen !) Lohnerhöhungen sieht die finanzielle Situation vieler Menschen im Osten mau aus.

Die tatsächlichen Löhne bewegen sich nämlich oft weit unter Tarif (nur zwei Drittel der Ost-Unternehmen sind in den Arbeitgeberverbänden und auch die anderen unterlaufen häufig die Vereinbarungen, sagt Hans-Olaf Henkel, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie BDI; LVZ, 14.12.95). Die Frauen bekommen auch im Osten nur ca. 80 Prozent der Löhne der Männer. Wer auf Arbeitslosengeld, -hilfe oder Sozialhilfe angewiesen ist, muß mit Familie meist mit weniger als 1500 oder allein mit weniger als 1000 DM im Monat zurechtkommen (siehe Kasten, Absatz 3).

Gerade bei Familien und im besonderen Maße bei Alleinstehenden mit Kindern ist der finanzielle Spielraum minimal. Die Familien sind auf zwei Einkommen angewiesen. Bekommt die Frau keinen Job, bleibt der Gang zum Arbeitsamt oder Sozialamt. Ist da nichts zu holen, macht sie halt einen der "Geringfügigen" (siehe Kasten, Absatz 4). Allein in Leipzig werden es mehrere Tausend sein (im Einzelhandel, in Gaststätten und Reinigungsfirmen; vgl. auch den Bericht zur Hotelarbeit im Zirkular Nr.18).

Schaut mensch in die Stellenanzeigen, scheint es neben den "Geringfügigen" nur zwei weitere Chancen zu geben: Zeitarbeit oder Selbständigkeit. Bei den über 60 Zeitarbeitsfirmen liegen die Löhne zwischen neun und elf DM für Männer als Ungelernte, als Gelernte um die 14 DM, für Frauen etwas darunter.

Mehr und mehr arbeiten tatsächlich auch als "Selbständige ohne eigene Produktionsmittel", z.B. auf dem Bau oder im Transport- und Kuriergeschäft verkaufen. Die Bedingungen in diesen Jobs sind beschissen: schlechte Löhne, keine Zuschläge, schwankende Arbeitszeiten, kein Krankengeld, usw.

Generationen

Wie ArbeiterInnen selbst die Entwicklung seit 1989 und den Zustand 1995 bewerten, ist eine schwierige Frage. Wir wollen trotzdem versuchen, kurz zu beschreiben, was sich aus unseren Gesprächen hier ergab. Vergleiche zwischen "damals" und "heute" tauchten darin immer wieder auf. Die Verhältnisse "zu DDR-Zeiten" schätzen die meisten zwar zum großen Teil negativ ein, aber manche Sachen waren dann doch nicht so schlecht. Und heute ist schon einiges besser, aber viele Dinge sind auch ganz schön scheiße. Natürlich gibt es da die sogenannten "Einheitsgewinner", solche, die seitdem ihren Lebensstandard erheblich verbessern konnten, und auf der anderen Seite die "Verlierer", denen es heute schlechter geht.

Für Außenstehende ist die Situation der ArbeiterInnen aus der DDR nach 1989 auch schwer nachzuvollziehen. Gibt es für uns aus dem Westen doch eine gewisse Kontinuität, sowohl von den Reproduktions- und Kampfbedingungen insgesamt als auch von Krise und Angriff auf diese Bedingungen, so gab es für die Menschen aus dem Osten einen harten Bruch. Dabei spielen dann drei Erfahrungen eine wichtige Rolle:

- *die in der DDR,*
- *dann die der Mobilisierung gegen das alte System 1989, die Wirkung der Demonstrationen und Forderungen nach gesellschaftlicher Öffnung und besserer Versorgung,*
- *und danach die im "wiedervereinten Deutschland", zwischen Sozialstaat und neuem Arbeitszwang.*

Wie das subjektiv wahrgenommen wurde, hängt wiederum vor allem von zwei Dingen ab:

- *erstens von der Stellung, die die/der Einzelne "zu DDR-Zeiten" bzw. bei der "Wende" innehatte,*
- *und zweitens von der Generation. Wie alt war jemand 1989, welche Erfahrungen hatte sie oder er bis dahin gemacht?*

Für diejenigen, die nach 1989 und bis jetzt die Chance auf eine (materielle) Verbessung ihrer Lage hatten und haben, ergaben sich neue Möglichkeiten. Die Öffnung des Systems und die damit gewonnene Mobilität erscheint hier als wichtigste neue Errungenschaft. Dabei kommen dann ganz unterschiedliche Leute zusammen: solche, die als mittlere FunktionsträgerIn im alten Apparat Startvorteile hatten (Ausbildung, Einfluß, Geld) und solche, die noch so jung und flexibel sind, daß sie die neuen Möglichkeiten auch nutzen können (oder zumindest daran glauben). Viele, die 1989 Anfang zwanzig, gerade aus der Schule oder Ausbildung oder noch an der Uni, gehören in diese Gruppe.

Anderen, denen die neuen Möglichkeiten nicht offenstehen, sehen die heutige Situation natürlich negativer. Ihre Ausbildung ist mittlerweile nichts mehr wert ist, weswegen sie heute scheiß Jobs machen müssen. Oder sie leben in Regio-

nen, in denen sowieso alles plattgemacht wurde. Für sie spielen denn auch die ständigen Geldsorgen und schlechten Aussichten eine wichtigere Rolle als die Frage, was mensch heute alles darf und könnte. Gerade Leute, die zur Zeit der Wende schon über dreißig waren, als Facharbeiter in einem Kombinat arbeiteten und Kinder hatten, gehören hier rein.

Richtig schlecht geht es vor allem vielen Leuten, die damals schon Mitte-vierzig-aufwärts waren. Sie haben noch die Zeit mitbekommen, als es in der DDR - auch gemessen am Westen - einen relativ hohen Lebensstandard gab. Viele von ihnen haben sich innerhalb des Systems einen gewissen materiellen Rahmen geschaffen (Auto, Häuschen im Grünen usw.), für das sie jahrelang schuften (und warten) mußten. Nun ist das nichts mehr wert, wurde oder wird ihnen vielleicht noch weggenommen usw. Gerade unter ihnen ist die Arbeitslosigkeit hoch, die Aussichten auf materielle Verbesserung miserabel. Ihnen geht es finanziell oft noch schlechter als den RentnerInnen, deren Situation sich zudem in den letzten Jahren über die Rentenerhöhungen verbesserte. Frauen, bei RentnerInnen in der Mehrheit, bekommen im Osten im Durchschnitt sogar höhere Renten als im Westen, weil ihre Beitragszeiten länger sind: sie haben immer lohngearbeitet (LVZ, 23.6.95).

Eine Generation fehlt übrigens heute teilweise: viele, die 1989 um die 25 waren, die in den 80ern (insgeheim oder offen) gegen die Blockierungen innerhalb der DDR-Gesellschaft rebelliert hatten, waren entweder schon Ende der 80er ausgereist oder ausgewiesen worden oder verpißten sich gleich nach dem "Fall der Mauer". Diejenigen aus dieser Generation, die geblieben sind, haben mittlerweile auch Familie und sind durch die Umschulungen gegangen.

Schwierig wird es bei den ganz jungen. Für sie ist die DDR ja ein Kindheitserlebnis, von dem nur die Zeltlager der Jungen Pioniere im Gedächtnis blieben. Jetzt sind sie 15 oder 16, bekommen keine Lehrstelle oder müssen irgendeine annehmen: wahrscheinlich auf dem Bau oder als Verkäuferin. Zwar kommt damit Geld rein, aber außer vielleicht einem Auto und Konsum verspricht das auch nicht viel. Alle reden vom Sparen und Einschränken. Vor allem die Arbeitslosigkeit, die viele bei ihren Eltern mitbekommen hat, funktioniert als Drohung. Das Arbeitslosengeld reicht halt kaum für die Konsumwünsche. Mittlerweile sind auch die Bullen besser organisiert, sodaß die Deals, die noch vor ein paar Jahren einfach waren, heute riskant geworden sind....

Immer schön arbeiten

ABM-Stützpunkt Leipzig

Im Moment gibt es in Sachsen ungefähr 60.000 Stellen, die von ABM-Gesellschaften verwaltet werden (LVZ, 19.6.95). Diese Gesellschaften gehören hier zu den größten "Arbeitgebern". Bis Ende 1995 sollten aber die Hälfte dieser Stellen gestrichen werden (LVZ, 4.11.95). Anfang 1996 wird der Bundeszuschuß für ABM von bislang 70 Prozent auf 50 Prozent der Personalkosten runtergefahren. Das entspricht der Förderung westdeutscher ABM-Stellen. Vom Land soll es ab 1997 gar keine Zuschüsse mehr geben.

Das "Aufbauwerk Sachsen (AWS)", Dachverband aller großen ABM-Gesellschaften, hat seit 1991 ca. 170.000 ArbeiterInnen auf ABM-Basis beschäftigt (LVZ, 4.11.95). Es wurde 1991 vom Freistaat, Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und der Dresdner Bank gegründet. Sein Ziel war, den Übergang von Plan- zur Marktwirtschaft "sozialverträglich" zu organisieren. Das Aufbauwerk sollte Arbeitsplätze erhalten bzw. schaffen, den Mittelstand fördern und Qualifizierungsmaßnahmen organisieren. Bis heute gab es Aufträge von rund 380 Millionen DM.

In Leipzig sind derzeit etwa 6000 ArbeiterInnen beim "Leipziger Verbund von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABS)" angestellt. Im Sommer hieß es allerdings, 250 würden entlassen (LVZ, 19.6.95). Weitere Stellenstreichungen sind bei den gemeinnützigen Vereinen zu erwarten, die die eigenen Kosten nicht selbst aufbringen können.

Eine Beschäftigungsgesellschaft ganz besonderer Art ist der Leipziger "ABM-Stützpunkt", der 1991 aufgebaut wurde. Seine Aufgabe war, im Auftrag von Ämtern und Betrieben der Stadt ABM-Stellen nach dem AFG (Arbeitsförderungsgesetz) zu organisieren und zu verwalten (und zwar sowohl "gewöhnliche" ABM als auch solche nach 249h, siehe Kasten). Zudem führte er Qualifizierungsmaßnahmen und Sozialberatungen durch. Später sollten dann auch SozialhilfeempfängerInnen

§249h AFG

1993 wurden in Ostdeutschland Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach dem §249h Arbeitsförderungsgesetz (AFG) wirksam. Sie werden mit einem Pauschalbetrag des Arbeitsamtes finanziert und bilden die Grundlage für die Beschäftigungsgesellschaften, die bei vielen dichtgemachten Betrieben einen Teil der entlassenen ArbeiterInnen übernahmen. Fehlende Kosten für die Beschäftigungsgesellschaften übernahmen die Länder, mittlerweile haben sie ihre Zuschüsse aber zusammengestrichen. Die Träger der Maßnahmen mußten zudem immer größere Anteile an der Finanzierung selbst aufbringen. Sachsen will 1996 nur noch einen kleinen Teil bezuschussen, 1997 die Zuschüsse ganz streichen.

über den Stützpunkt zu Arbeitsmaßnahmen herangezogen werden.

1993 verschärfte sich die Haushaltslage Leipzigs. Zum einen wurde die ABM-Förderung durch den Bund gesenkt und die Kommunen mußten das dann ausgleichen. Zum anderen wurde für 1994 mit einer erheblichen Zunahme der Ausgaben für die Sozialhilfe gerechnet (folgende Zitate aus einem internen Papier der Stadtverwaltung von 1993). Die Stadtverwaltung befürchtete, "den Anschluß an den Standard der westdeutschen Infrastruktur" zu verpassen, und die Probleme, die durch die hohe Arbeitslosigkeit entstehen, nicht in den Griff zu bekommen. Deswegen wurde eine längerfristige Lösung gesucht. Es sollte eine Möglichkeit gefunden werden, die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen möglichst gering zu halten. Sie sollten arbeiten, sich qualifizieren und schließlich in die "Alimentierung des Bundes zurückgeführt werden". Die Arbeitsmaßnahmen sollten der Stadt dienen. Der §19 des Bundessozialhilfegesetz (BSHG) bot hier die Grundlage für die Heranziehung von SozialhilfeempfängerInnen zur "zusätzlichen, gemeinnützigen Arbeit". Der Stützpunkt war hierfür wie geschaffen. Man versprach sich 5000 "Arbeitsgelegenheiten" für SozialhilfeempfängerInnen.

Eine Frau kommt zum erstenmal zum Sozialamt in Leipzig. Sie wird in ein Büro geschickt und sagt, sie wolle Sozi beantragen. Die Sachbearbeiterin flippt gleich aus: "Sie sind doch viel zu jung! Na warten Sie, für Sie finde ich eine ABM!" Sie verlangt dann erstmal alle möglichen schriftlichen Erklärungen, z.B. warum die "Antragstellerin" Sozi brauche. Dann erst fragt die Sachbearbeiterin nach dem Nachnamen und es stellt sich raus, daß sie gar nicht zuständig ist. Ihre zuständige Kollegin ist superfreundlich, genehmigt das Sozi ohne Probleme und macht keinen Streß.

Aber die Stadt nutzte den Stützpunkt auch an anderer Stelle. Sie entließ 2000 städtische Angestellte und bot einem Teil kurzerhand eine ABM-Stelle im Stützpunkt an. Dort sollten sie die gleiche Arbeit verrichten wie bisher, nur eben zu ABM-Bedingungen, auf ein Jahr befristet und mit geringerem Lohn. Und das Schönste daran: Falls sie sich bewähren würden, könnten sie wieder mit einer Festanstellung rechnen. Übrigens gibt es bislang drei Festanstellte, sogar auf Beamtenbasis: die der zwei Chefs aus Westdeutschland und die Gattin des einen.

Das Konzept für die Heranziehung von SozialhilfeempfängerInnen sieht folgendermaßen aus: sie sollen für zwei DM die Stunde "Aufwandsentschädigung" (zusätzlich zur Sozialhilfe) vierzig Stunden die Woche arbeiten. Das für drei Monate und danach einen 12-Monatsvertrag zum untersten Tariflohn. Die Leute werden an verschiedenen Punkten eingesetzt: Teiche entschlammen, Kinderspielplätze anlegen, Wege begradigen, Grünanlagen pflegen. JedeR kann für alle diese Arbeiten herangezogen werden, es gibt also keinen Berufsschutz. Nach einem Jahr hat man Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Hier ist wichtig, daß das dann wieder vom Bund bezahlt wird - und nicht mehr von der Kommune. Gleichzeitig werden Qualifizierungsmaßnahmen angeboten, die allen Beschäftigten des Stützpunktes offen stehen (die Qualifizierungsnachweise sind bei Bewerbungen allerdings völlig wertlos).

Im Sommer 1993 boten sie zunächst 500 SozialhilfeempfängerInnen einen Job unter diesen Bedingungen an. Von diesen kamen aber nur 221 zur Vorstellung und lediglich 77 fingen auch an zu arbeiten. Das lag daran, daß die Stadt in der Öffentlichkeit zuerst viel Wert auf die Freiwilligkeit legte. Als dies nicht funktionierte, wurde dann doch mit Sozialhilfekürzung und -entzug gedroht (gemäß § 25 BSHG). In der Leipziger Volkszeitung waren unterschiedliche Meldungen zu lesen. Einmal sollte die Sozialhife bei Arbeitsverweigerung gestrichen werden können, das nächste mal war die Rede von Kürzung. Schließlich war was von "Zwang nur im Einzelfall" zu lesen (LVZ, 23.10.93).

Inzwischen arbeiten beim Stützpunkt 3100 ArbeiterInnen, 1700 auf "gewöhnlicher" ABM-Basis, 700 nach §249h AFG und 700 als SozialhilfeempfängerInnen. Die VorarbeiterInnen sind ebenfalls auf ABM-Basis eingestellt und auf ein Jahr befristet. 60 Prozent aller Beschäftigten sind Frauen, über die Hälfte älter als 40 Jahre (Leipziger Amtsblatt, 9.12.95).

Schon 1993 wurde das BSHG bezüglich der Zwangsarbeit für SozialhilfeempfängerInnen durch den Bundestag verändert. Die sogenannte "Zusätzlichkeit" der Arbeiten ist nicht mehr bindend (taz, 26.10.95). "Zusätzlich" bedeutet, daß durch diese Arbeiten keine bestehende Arbeitsplätze gefährdet werden dürfen. Ab da mußten sie nur noch "gemeinnützig" sein. In Leipzig heißt das zum Beispiel: Wenn die Stadt ein altes Schwimmbad, dessen Renovierung sie sich nicht leisten will, abreißen muß, ist der Stützpunkt zur Stelle und organisiert die Abrißarbeiten mit seinen ABM-ArbeiterInnen (LVZ, 15.11.95). Und wenn in Grünau auf einem neuen Parkplatz die Autos bewacht werden müssen, kein Problem, auch das erledigt der Stützpunkt (LVZ, 16.11.95).

Im Oktober 1995 beschloß die Ratsversammlung dann, den ABM-Stützpunkt ab 1.1.1996 in "Betrieb für Beschäftigungsförderung" umzubenennen. Damit wird er eine eigene Satzung erhalten. Bis Jahresende 1995 sollten zudem 700 ABM-Stellen wegfallen. Zwar sind pro Kopf und Monat 500 DM beim Land Sachsen beantragt, waren aber bis Ende des Jahres noch nicht zugesichert. Die Stadt, die sowieso schon 500 DM pro Stelle zahlt - der Bund 1800 DM - hat inzwischen zugesichert, für drei Monate auch den Beitrag des Landes zu übernehmen und solange die 700 Stellen zu verlängern.

Gescheuert

Gebäudereinigung

Im Sommer habe ich mich bei einer Gebäudereinigungsfirma auf eine Anzeige in der Leipziger Volkszeitung als Reinigungsfrau beworben. Einige Zeit später bekomme ich eine Einladung zum Vorstellungsgespräch. 9.84 DM Stundenlohn, 30 bis 40 Stunden garantierte Arbeitszeit in der Woche, meistens zweigeteilt mit einer langen Pause dazwischen, drei Monate Probezeit. Danach gibt es dann 10.46 DM Stundenlohn, außerdem eine Reihe von Zuschlägen für Nachtarbeit, Bauschlußreinigung und Qualitätsprämien. Alles klingt einigermaßen seriös, und so fange ich drei Tage später an.

Der kleine Familienbetrieb existiert seit fünf Jahren. Er besteht aus einer Verkaufsstelle für Reinigungsartikel und dem Dienstleistungsbereich: Unterhaltsreinigung, Wartung, Bauschlußreinigung und Sonnenschutz. Der Chef hat ihn vor zwei Jahren von seinem Vater übernommen. Jung und dynamisch, will er aus dem Betrieb ein mittelständiges Dienstleistungsunternehmen machen. Die Verkaufsstelle will er aufgeben und sich stattdessen ganz den Reinigungsaufträgen widmen.

Als ich anfange sind dort etwa 20 ArbeiterInnen beschäftigt, die meisten fest angestellt. Einige arbeiten auf Pauschalbasis (als geringfügig Beschäftigte für 470 DM). Der größte Teil der ArbeiterInnen sind Frauen zwischen 45 und 55 Jahren. Die, mit denen ich mich unterhalten habe, haben ihr ganzes Leben in Fabriken gearbeitet. Sie waren nach deren Schließung arbeitslos und putzen nun seit ein bis zwei Jahren für diese Firma. Eine hatte vorher schon in einem Gebäudereinigungsbetrieb als Zimmerfrau gearbeitet. Sie sind alle verheiratet und haben zwei, drei oder vier Kinder. Neben ihren Kindern versorgen einige noch kranke Angehörige. Die Festangestellten verdienen monatlich etwa um 900 DM. Die Männer sind alle etwas jünger (zwischen 35 und 45). Über ihre Geschichte weiß ich nicht viel. Bei ihnen habe ich mehr zugehört als offensiv nachgefragt (bei Männern bin ich vorsichtiger, da gibt es sonst schnell blöde Situationen). Einer arbeitet auf Pauschalbasis. Er war vorher in einer Speditionsfirma beschäftigt und macht diesen Job jetzt nur als Übergangslösung. Er wird nur eingesetzt, wenn er dringend gebraucht wird. Die anderen kommen aus der Branche und haben zum Teil einen Facharbeiterbrief. Einer von ihnen ist der Vorarbeiter. Die Männer sind ebenfalls verheiratet und haben mehrere Kinder. Die verdienen mehr als die Frauen, wieviel weiß ich nicht. Der Vorarbeiter bekommt aber 15 DM die Stunde brutto.

JedeR festangestellte ArbeiterIn hat feste Reinigunsobjekte, wo er oder sie jeden Tag putzen muß. Alle paar Tage gibt es einen Plan für zusätzliche Arbeiten. Die Arbeitszeit ist also z.B. 4:30 bis 7:00 Uhr und 16:00 bis 18:45 Uhr Unterhaltsreinigung und zusätzlich 7:00 bis 13:00 Uhr Bauschlußreinigung. Oft ist bei den zusätzlichen Arbeiten

das Arbeitsende offen. Insgesamt bewegt sich die Arbeitszeit zwischen drei und dreizehn Stunden am Tag. Auf jeden Fall sind es nicht mehr als 40 Stunden in der Woche. Jede Stunde mehr wäre eine Überstunde und müßte auch so bezahlt werden.

Die Arbeit der Frauen beschränkt sich auf Unterhaltsreinigung und Bauschlußreinigung. Unterhaltsreinigung beinhaltet (je nach dem, was der Chef mit dem Auftraggeber ausgehandelt hat) fegen, naßwischen, staubwischen und staubsaugen von Büroräumen, Treppenhäusern, Werkshallen und Toiletten. Bauschlußreinigung bedeutet in der Regel, alles sauber zu machen: Türen, Fensterbretter, Toiletten, Küchen, Teppichböden, Heizkörper, Treppenhäuser, usw.. Die Männer arbeiten bisher auch in der Unterhaltsreinigung und Bauschlußreinigung, sollen aber in Zukunft nur noch Fenster putzen und spezielle Grundreinigungen übernehmen wie nachts Teppiche in Treppenhäusern shampoonieren.

Die Arbeit wird allein vom Chef organisiert und verteilt. Der Vorarbeiter hat zwar die Aufgabe Kontrollen durchzuführen und Arbeitsmaterial auszugeben, gibt den Druck von oben aber nicht weiter. Er macht sich eher selbst fertig.

Es gibt keinen Betriebsrat. Alle Probleme und Konflikte müssen direkt mit dem Chef ausgehandelt werden. Der Chef seinerseits ist bemüht, zu allen ein gutes Verhältnis zu haben. Fast täglich kommt er da vorbei, wo wir grad putzen, und verteilt Arbeitspläne und Reinigungsmittel. Dann hält er auch ein Schwätzschen mit uns. Solange kein Konflikt ansteht, ist die Stimmung freundlich distanziert. Es gibt einen Art Deal: ich nehme es hin, daß er mir meinen Arbeitsplan mit den zusätzlichen Arbeiten erst zwei Tage im Voraus gibt, und dafür kontrolliert er mich vielleicht in dem einen oder anderen Objekt nicht. Da springen dann eine zusätzliche Pause und ein bißchen weniger Hetze raus.

Grundsätzlich wird so wenig gearbeitet wie möglich. Alles, was die Arbeit erleichtert, ist beliebt. Merkt ja niemand, ob ich mit dem Leder, das ich gerade für den Telefonhörer benutze, vorher ein Pissoir gereinigt habe. Auch Chemie wird reichlich verwendet. Die Kolleginnen behaupten, wir müßten dann weniger scheuern.

Alle halten den Job selbst für den wirklich hartnäckigsten Dreck. Die Frage ist nur, was die Alternative ist. Welche Möglichkeiten haben Frauen um die 50 Jahren in Ostdeutschland? Und die Männer? Auf'n Bau? Ob das besser ist?

Immer, wenn die Rede davon ist, den Job hinzuschmeißen, kommt als Alternative lediglich ein anderer Job in Frage und dazu auch noch in einer anderen Reinigungsfirma. Also lavieren alle zwischen den eigenen Bedürfnissen und der Notwenigkeit, sich mit dem Chef gut zu stellen. Doch manchmal gibt es da keine Lösung, sondern Streit. So erzählen einige von heftigen Auseinandersetzungen um Samstagsarbeit oder die Einhaltung von Abmachungen. Einige Streits gehen zu Gunsten der ArbeiterInnen aus. Aber die wenigsten werden offensiv ausgetragen.

Mein Arbeitsplan beinhaltet wöchentlich 25 Stunden in den festen Objekten.

In einem bin ich alleine. In anderen arbeite ich die ganze Zeit mit der gleichen Kollegin zusammen. Bei zwei Objekten sind wir zu dritt und bei einem zu viert. Die Arbeit wird gemeinsam verrichtet. Je nach Objekt ist die Arbeitsteilung vorher klar. Manchmal wird vor Ort ausgehandelt, wer was macht. In dem Fall wechseln wir die Aufgaben aber wöchentlich.

Am Anfang arbeitet mich meine Kollegin ein, zeigt mir, wo die Geräte stehen und was zu machen ist. Sie erklärt mir Kniffe und Tricks, wie die Arbeit schneller oder einfacher geht und ruft mich immer mal wieder zu ein der "Fünfe" (Fünf-Minuten-Pause). Ich bin die Neue, also stelle ich höchstens Fragen, denke nicht nach und tu, was mir gesagt wird, aber nicht mehr. Das geht etwa zwei Wochen gut. Inzwischen habe ich mehrmals zehn Stunden am Tag gearbeitet, leide unter Rückenschmerzen und einer sinkenden Laune. Der Chef kommt ab und zu zur Kontrolle. Um diese zu rechtfertigen, findet er immer etwas, was nicht ordentlich geputzt ist. Er findet an allem was zu mäkeln, egal ob wir es sauber gemacht haben oder nicht. Er fordert, daß wir die Aufgaben so aufteilen, daß er weiß, wen er für was anscheißen kann. Die Frauen sagen: "Ja, ja." Und der Chef zieht ab. Die Frauen schimpfen und zetern. Dann machen sie sich über den Chef lustig und es kommt eine heitere Stimmung auf. Aber es ist klar, daß er nächste Woche wieder aufkreuzten wird und das Ganze von vorne beginnt.

An einem Tag fahren wir nach der Unterhaltsreinigung zur Bauschlußreinigung. Es ist der letzte Tag in diesem Objekt. Um 14:00 Uhr soll die Abnahme durch die Hausverwaltung sein. Das heißt, daß bis 13:00 Uhr zwei Treppenhäuser und deren Glasfassade glänzen sollen. Außerdem müssen meine Kollegin und ich um 14:00 Uhr gleich in ein anderes Objekt, eine Werkshalle. Hier auf der Baustelle sind wir erstmal zu viert. Meine Kollegin und ich sind für die Treppen zuständig und zwei Kollegen putzen die Fenster. Es ist eine richtige Buckelei. Auf Knien sind wir dabei Farb-, Lack- und Kittreste von Treppenstufen abzugratzen. Nach vier Stunden haben wir knapp die Hälfte geschafft. Dann kommt der Chef vorbei, um zu sehen, wie weit wir sind. Außerdem bringt er die Arbeitspläne für die nächste Woche. Ein Objekt, in dem wir bisher zu dritt gearbeitet hatten, sollen wir in der kommenden Woche zu zweit schaffen. Der Chef will, daß wir dafür dann dort eine Stunde länger bleiben sollen. Ich frage, ob es nicht möglich wäre, eine andere Arbeiterin zu schiken, die uns dort helfen könnte. Der Chef und meine Kollegin erwidern unisonso, daß es ja wohl kein Problem sei, mal eine Stunde länger zu arbeiten. Was ich denn zu Hause wolle, ich hätte doch keine Kinder. Ich will mich vor dem Chef nicht mit meiner Kollegin streiten und schweige. Nachdem der Chef gegangen ist, spreche ich sie auf ihr Verhalten an und erfahre, daß mensch sich mit dem Chef "gut stellen" muß. Die Stimmung ist danach gespannt.

Eine Stunde später läßt der Chef ausrichten, daß wir heute nur noch den einen Auftrag fertig machen sollen und nicht mehr, wie ursprünglich vorgesehen, noch die Werkshalle putzen müs-

sen. Ich interpretiere daraus, daß wir hier solange buckeln sollen, bis alles abnahmefertig ist und beschließe um 14:30 Uhr zu gehen. Egal, ob dann alles "sauber" ist oder nicht. Ich sage das auch meiner Kollegin.

Wir sind gerade im zweiten Treppenhaus, als der Chef wiederkommt und an unserer Arbeit im ersten Treppenhaus rummotzt. Die Fugen müßten noch ausgekratzt werden. Außerdem verstehe er nicht, warum wir so lahm sind. Es reicht. Ich fange an, mich mit ihm zu streiten. Der Streit wird schnell peinlich für ihn, weil er droht, schreit und dumme Fragen stellt: "Wissen sie denn, was sie hier verdienen? Sie sollten für jede Stunde dankbar sein!" Nach einiger Zeit reduziert sich der Streit auf den heutigen Zeitpunkt des Arbeitsendes. Am Schluß erklärt er kleinlaut, daß wir heute hier wohl sowieso nicht fertig werden würden und es auch am nächsten Tag etwas länger dauern könnte. Als er weg ist, sage ich zu meinen KollegInnen, die den Streit mitbekommen haben, daß wir alle gehen sollten. Sie meinen, daß sie sich schon lange mit dem Chef streiten und daß es nichts bringt. Schließlich müsse das Objekt ja fertig werden. Sie bleiben, ich gehe.

Am nächsten Tag verteilt der Chef noch mal Arbeitszettel für die kommende Woche. Wir sollen auch am Sonnabend arbeiten. Ich halte das für einen schlechten Scherz und sage ihm, daß ich Sonnabend nicht kommen werde. Meine Kollegin dagegen erklärt sich sofort bereit, eine Verabredung mit ihrer Schwester abzusagen, um arbeiten zu können. Insgeheim hatte ich gehofft, daß der offene Streit irgendetwas bewirken könnte, daß vielleicht andere KollegInnen mitmachen oder zumindest leise zustimmen würden. Stattdessen wissen die Männer nun gar nicht mehr, wie sie mit mir umgehen sollten. Meine Kollegin fing sogar an, mich rumzuhetzen und zu kontrollieren. Einen kleinen Erfolg gibt es aber doch: zu dem Objekt, in dem wir die Überstunde machen sollen, schickt der Chef uns noch einen neuen Kollegen. So sind wir wieder zu dritt und müssen dort nur die regulären zwei Stunden arbeiten.

Am nächsten Tag werde ich entlassen. Ich hatte zwar einige kleine und kurzfristige Siege erstritten, aber durch die Kündigung waren die wieder zunichte gemacht. Für die anderen geht es weiter wie bisher. Jetzt habe ich zwar keine Rückenschmerzen mehr, aber meine Laune will sich trotzdem nicht bessern.

Einige Wochen später treffe ich einen Kollegen zufällig auf der Straße. Er war zum Zeitpunkt meiner Entlassung im Urlaub, hatte aber von dem Streit erfahren. Er fand es richtig, daß ich mich mit dem Chef gestritten hatte, sagt aber, daß alle zusammen halten müßten. Vor allem müßten sich die Männer zusammentun, weil die Frauen dort austauschbar seien. In der Zwischenzeit hätten fünf neue Kolleginnen angefangen, wovon nur noch eine übrig sei. Im Osten sei sich im Moment jeder selbst der Nächste, sagt er, da sei nicht viel mit Zusammenhalt. Im Westen wäre es besser, weil die Arbeiter dort besser organisiert seien.

La Boom

Bauindustrie

Leipzig gehört neben Berlin und Dresden zu den Zentren des Baubooms in Ostdeutschland. In letzter Zeit deutete sich aber ein Ende der guten Konjunktur an. Für Westdeutschland wird schon mit einem Rückgang gerechnet. Für den Osten gehen die Prognosen von einem geringeren Wachstum aus (siehe Kasten, Absatz 1 und 2). Als Grund dafür gilt u.a. der Rückgang bei den staatlichen Bauaufträgen (LVZ, 26.7.95).

Während im Osten einerseits weiter neue Baubetriebe gegründet werden, gehen andererseits auch immer mehr pleite. In diesem Jahr hat es unter anderem die Erste Baugesellschaft Leipzig (EBL) getroffen, die aus dem ehemaligen Baukombinat Leipzig hervorging. Das hatte u.a. die Plattensiedlungen in Grünau hochgezogen. Von den ehemals 8.000 Beschäftigten waren 1995 noch 750 übrig, die nun ebenfalls entlassen wurden. Auch andere ehemalige Baukombinate im Osten sind derzeit in Schwierigkeiten, z.B. in Halle, wo die Hallesche-Mitteldeutsche Bau AG (HMB, gehört heute zum türkischen Konzern Tekfen), 700 von 1900 ArbeiterInnen entlassen will. In der Presse wird die Pleitewelle im ostdeutschen Baugewerbe u.a. damit begründet, daß die Betriebe - anders als die westdeutschen - nicht genug Eigenkapital hätten, um auch vorübergehende Flauten oder Zahlungsrückstände durchstehen zu können. So bedeutete die Pleite des Schneider-Imperiums, das in Leipzig mit mehreren Großprojekten aktiv war, für etliche Subunternehmer den Bankrott. Auch bei der Pleite der EBL wurde mit der Gefährdung von über 100 Subbern gerechnet (LVZ, 21.7.95). Wer durch die Pleiten am meisten verliert, ist klar: die ArbeiterInnen, die oft ihre letzten Löhne nicht ausbezahlt bekommen. Bei vielen Baufirmen mag hier auch ein Grund für die Anmeldung von Konkursen liegen, spart der Unternehmer dabei doch oft einige Hunderttausende an ausstehenden Lohnzahlungen.

Ein Kunde in einem Satzstudio, Chef einer Abrißbude, ereifert sich über seine Arbeiter. Die müßte er alle entlassen, die arbeiten nicht richtig und sollten mal wieder sehen, wie es ist, arbeitslos zu sein. Jetzt wo er sein neues Cabrio habe, seien die besonders frech und würden ihm immer erzählen, sie hätten ja schließlich für dieses Cabrio gearbeitet ...

Die steigenden Arbeitslosenzahlen für Bauarbeiter hängen zwar irgendwie mit der Pleitewelle zusammen, erklären können sie diese aber nicht (siehe Kasten, Absatz 3). Gleichzeitig werden halt auch immer mehr Firmen gegründet. Diese stellen aber nicht die gerade entlassenen Bauarbeiter ein, sondern nehmen eher ausländische Kolonnen, weil die auch für geringere Löhne arbeiten. Zudem haben die inländischen Bauarbeiter wohl keine Lust, für die

Löhne, die ihnen mittlerweile angeboten werden, den Rücken krumm zu machen. Ein Betonbauer erzählte mir, daß er 24 DM die Stunde hatte, dann arbeitslos wurde und vom Arbeitsamt Jobs für 14 DM vermittelt bekam. Da lohnt es sich mehr, die Arbeitslosenknete zu kassieren und nebenbei schwarz zu arbeiten (in dem Fall lag der Nettolohn bei 14 DM und für den Monat sogar unter dem, was er als Arbeitslosengeld bekam!).

Auch Bauindustrie und Bauhandwerk geben als Grund für Pleitewelle und hohe Arbeitslosigkeit vor allem die "Billigkonkurrenz" aus EG- und osteuropäischen Staaten an. Ihnen geht es um die Senkung der (Lohn-)Kosten, weswegen sie selbst auch ausländische Kolonnen für sich arbeiten lassen. Zunehmend drängen aber auch ausländische Firmen auf den Bau, die die deutschen Firmen ausbooten. Der Präsident der Industrie- und Handelkammer (IHK) in Leipzig meinte dazu, daß die deutschen Baufirmen nur zu retten seien, wenn sie einerseits eine Senkung der Löhne für deutsche Bauarbeiter durchsetzen und Tarife unterlaufen sowie andererseits mit ausländischen Firmen kooperieren (LVZ, 12.12.95).

Nach deutschen Tarifen bezahlte Bauarbeiter kosten die Unternehmer derzeit um die 60 DM die Stunde (wovon der Arbeiter um die 20 oder 25 DM brutto bekommt), während die Bauarbeiter aus anderen Ländern, insbesondere die Illegalisierten, wesentlich billiger zu haben sind (Stundenlöhne zwischen fünf und dreißig DM). Die

In Zahlen

1. Die Baugenehmigungen im Osten verdreifachten sich zwischen 1992 und 1994 von 17.800 auf 54.000 (84 Prozent für Wohnungsbau). Dazu kamen 16.500 genehmigungspflichtige Sanierungsarbeiten. Das Bauvolumen verdreifachte sich ebenfalls: von 14 auf 46 Milliarden DM (Angaben des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Köln, in der LVZ, 17.7.95). Dabei mischten neben den westdeutschen Großkonzernen wie Hochtief, Holzmann, Dywidag usw. auch Baubetriebe aus dem Osten mit. Nach Angaben des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie nahm die Zahl der Baubetriebe dort zwischen 1991 und 1994 von 7.000 auf 13.900 zu (LVZ, 24.4.95).

2. Das IFO-Institut für Wirtschaftsforschung (München) rechnete für 1995 noch mit einem Wachstum im Bausektor von 11,5 Prozent (nach 43,1 Prozent 1992, 18,6 1993, 21,7 1994, alles nur für Ostdeutschland, LVZ, 16.10.95). Für 1996 werden sechs bis acht Prozent erwartet.

3. Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter im Osten soll von 1994 bis 1995 um 50 Prozent auf 47.000 (von 400.000) gestiegen sein (LVZ, 14.10.95). Allein in Sachsen sollen 10.000 Bauarbeiter (von 200.000) arbeitslos gemeldet sein, 43 Prozent mehr als 1994 (LVZ, 17.8.95). Nach Angaben des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie stünden im Osten weitere 20.000 Entlassungen an (im Westen 70.000; LVZ, 28.12.95).

Schätzungen über die in der BRD arbeitenden "Ausländer" reichen dabei von 150.000 (davon 110.000 aus EG-Ländern: Britannien, Irland, Portugal, Italien, und 35.000 aus Osteuropa: Tschechien, Polen usw.; LVZ, 17.8.95) bis 500.000, darunter angeblich 400.000 "Illegale", eine Zahl, die insbesondere die Baugewerkschaft IG BSE gerne präsentiert.

(Zu den Bedingungen auf dem Bau vergleicht doch auch die diversen Artikel in den vorangegangenen Zirkular-Nummern sowie den Beitrag in der Wildcat 64/65!).

Hetze

Die IG BSE (Industriegewerkschaft Bau Steine Erden, ab 1.1.1996, nach Zusammenschluß mit Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, IG BAU: Bau Agrar Umwelt) hat sich in den letzten beiden Jahren vor allem auf zwei Auseinandersetzungen konzentriert.

Die eine war die um die Streichung des bisher von der Bundesanstalt für Arbeit gezahlten Schlechtwettergeldes (Lohnfortzahlung für Arbeitsausfall wegen schlechten Wetters in den Wintermonaten) für das Bauhauptgewerbe. Hier vereinbarten IG BSE, Unternehmer und Bundesregierung eine neue Regelung. Die sieht im Prinzip die Weiterzahlung der Nettobezüge durch die Unternehmer und ihre Bausozialkassen (in die die Unternehmer einzahlen) und den Verzicht der ArbeiterInnen auf bis zu fünf Urlaubstage vor. Bei Arbeitsausfall über vier Wochen gilt weiter die alte Schlechtwettergeldregelung, bei der die Bundesanstalt für Arbeit zahlt (Flugblatt der IG BSE vom November 1995).

Die andere Auseinandersetzung war die um die Entsenderichtlinie, die die Einhaltung tariflicher Bestimmungen am Ort des Arbeitseinsatzes auch für ausländische Firmen regeln sollte. Nachdem das in der EG am Widerstand u.a. der Regierungen von Irland, Portugal und Italien gescheitert war, drängten IG BSE und der Bundesverband der Deutschen Bauindustrie auf ein "nationales Gesetz". Die IG BSE setzte hier voll auf eine rassistische Kampagne gegen die "Illegalen" - in der Hoffnung, den Staat so unter Druck setzen zu können, daß der bei der Verfolgung "illegaler Beschäftigung" ernst macht. Ob die Führung der IG BSE tatsächlich glaubt, daß eine Ausweitung von Repression und Razzien die Löhne der eigenen Mitglieder auf dem gegenwärtigen Niveau halten könnte? Offensichtlich sitzen der Gewerkschaft aber auch ihre Mitglieder im Nacken, die mitbekommen, wie am Bau immer mehr ausländische Firmen und MigrantInnen arbeiten, während ihre Jobs - und vor allem ihre Löhne - zunehmend gefährdet sind. Da es keine bahnbrechende Initiative der ArbeiterInnen selbst gibt und auch von den ArbeiterInnen aus den verschiedenen Herkunftsländern keine perspektivischen Anstöße zu kommen scheinen (auch Aktionen wie Kranbesetzungen reichten nicht), kann sich die IG BSE erstmal weiter als Vertreter und Sprachrohr der (deutschen) Bauarbeiter darstellen.

Schon im Juni einigten sich die Bundesminster Blüm (Arbeit) und Rexrodt

(Wirtschaft) auf einen Gesetzvorschlag (Arbeitsbedingungenangleichungsgeset z), der die Einstufung der "Ausländer", die im Bauhauptgewerbe eingesetzt werden, in die unterste Tarifgruppe vorsah (um die 20 DM) (Berliner Zeitung, 28.6.95). Bauindustrie, Bauhandwerk und die IG BSE sprachen sich für eine solche Regelung aus. Geht es den Unternehmern darum, die eigenen Betriebe gegen die Konkurrenz aus dem Ausland in Vorteil zu bringen, so erhofft sich die Gewerkschaft, daß die neue Regelung dazu führt, daß die "Ausländer" gar nicht mehr eingestellt werden - und stattdessen "deutsche Bauarbeiter".

Der Gesetzentwurf wurde nach etlichen öffentlichen Auseinandersetzungen mit den Stimmen der CDU/FDP-Koalition Ende November im Bundestag beschlossen (übrigens auch für das Baunebengewerbe, wie von der IG Metall gefordert), doch ist längst nicht klar, ob er je rechtsgültig wird. Dafür ist nämlich u.a. die Zustimmung im Tarifausschuß beim Bundesarbeitsministerium notwendig, in dem je drei Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeitgeber sitzen. Die Gewerkschaften sind zwar alle dafür, aber mindestens ein Vertreter der Arbeitgeber, Gesamtmetall, Gesamttextil und BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) müßte das Gesetz auch unterschreiben. Alle drei haben sich dagegen ausgesprochen. Der Geschäftsführer von Gesamttextil begründet das ungefähr so: erstens werde dadurch das Bauen zu teuer, was seine Industrie treffen würde, und zweitens sei das Lohnniveau in der BRD sowieso zu hoch und solle nicht noch zementiert werden (Die Zeit, 1.9.95). Inzwischen gibt es innerhalb der BDA Streit, da der Verband der Bauindustrie die BDA drängen will, ihre Zustimmung zu dem Gesetz zu geben, während andere Mitgliedsverbände strikt dagegen sind.

Razzien

Noch während des Gerangels um das Gesetz, nutzten die Vertreter einer härteren Linie gegenüber den "Illegalen" und Schwarzarbeitern die Situation und verlangten eine Verstärkung der Aktionen. In Berlin wurde schon im Juni der Aufbau einer neuen Einsatztruppe bekannt gegeben. In Zukunft sollen 175 (statt bisher 25) Fahnder gegen "illegale Beschäftigung" vorgehen (taz, 16.6.95). Auch in Leipzig wurde ein verstärktes Vorgehen angekündigt. Arbeitsamt, Zoll, Ordnungsamt und Steuerfahndung sollen sich mehr abstimmen (LVZ, 6.7.95). Schon kurz darauf gab es die ersten medienwirksamen Razzien. Auf einer Baustelle des Rundfunk- und Fernsehsenders MDR in Leipzig werden 71 Arbeiter überprüft. 51 hätten keine korrekten Papiere gehabt, allerdings seien nur zwei "völlig illegal". Über vierzig Arbeiter waren aus EG-Ländern (34 Portugiesen, neun Iren; LVZ, 12.7.95). Die IG BSE schloß sich gleich darauf der Kampagne an und lancierte einen Bericht. Nach ihrer Schätzung seien zehn Prozent der 55.000 Bauarbeiter in Leipzig "illegal beschäftigt". Auf den 4000 Leipziger Baustellen seien das 5.000 bis 7.000 Bauarbeiter. Dabei geht die IG BSE in Leipzig von 1800 Iren und Briten sowie

3900 Werkvertraglern aus Osteuropa aus (keine Angaben über Portugiesen - sind aber wohl mehr als 2000, LVZ, 27.7.95). Ein Hinweis in diesem Zeitungsartikel ist allerdings noch interessant: "Der Zustrom ausländischer Arbeitnehmer fügt jedoch nach Angaben

Auf der Baustelle arbeitet eine Kolonne aus dem Osten, der Bauleiter ist aus dem Westen. Er will keine Pause machen, sondern durcharbeiten lassen, weil er bis abends fertig sein will. Die Kolonne spricht sich ab. Auf einen Pfiff hin gehen sie alle zu ihrem Transporter und fahren davon, um Pause zu machen. Der Bauleiter springt vom Gabelstapler und flucht: "Ihr habt vierzig Jahre lang Pause gemacht ! ..."

von Dieter Marschall vom Bundesministerium für Arbeit der Bauwirtschaft einen geringeren Schaden zu als die verbreitete Schwarzarbeit deutscher Arbeitskräfte". Wieder ein Hinweis darauf, daß die Hetze gegen die "ausländischen Billigarbeiter" auch (oder vor allem) zum Ziel hat, die Arbeits- und Aneignungsformen der in der BRD gemeldeten Bauarbeiter anzugreifen: mehr Razzien gegen die "Ausländer", setzen auch die "Inländer" unter Druck!

Den Medien kommt dabei eine wichtige Aufgabe zu, da selbst bei Aufstockung der Fahndungsgruppen nur ein Bruchteil der Baustellen kontrolliert werden kann. In der "Dialog, Zeitung für Beschäftigte der Arbeitsämter" (Ausgabe Juli/August 1995) wird denn auch die angestrebte "Abschreckungswirkung" und begleitende "intensive Öffentlichkeitsarbeit" betont. Auch wer selbst in keine Razzia kommt, soll wenigstens davon in der Zeitung lesen und Angst kriegen (oder Leute verpfeifen! Siehe die Anti-Schwarzarbeit-Plakate und -Anzeigen der letzten Wochen).

In den folgenden Monaten kamen denn auch regelmäßig weitere Meldungen über Razzien auf Leipziger Baustellen, die Anzahl der festgenommenen Bauarbeiter, ihre Herkunftsländer und drohende Abschiebungen und Strafen für die Baufirmen (so in der LVZ am 22.9., 14.10., 20.10. und 23.11.95). Auffällig: Während zunächst die Adresse der Baustelle (Stadtteil, Straße) genannt wurde, fehlten diese Angaben bei den letzten Berichten!

Sind die gelogen, oder soll da niemand hingehen und nachhaken?

Strippen ziehen

Großbaustelle

Da stehe ich nun auf der Großbaustelle in Paunsdorf, einem Außenbezirk von Leipzig, und suche den Container der Elektrofirma. Bin ganz schön gespannt auf die Kollegen und was so passiert. Mitte bis Ende der 80er hatte ich im Westen schon auf Baustellen gearbeitet, aber da war die Situation ja noch eine andere. Jetzt bin ich von einem Sklavenhändler (Zeitarbeit) eingestellt und soll für eine Elektrofirma "Strippen ziehen".

Gebaut wird hier ein Hotel (300 Zimmer, etliche Konferenzräume), gleich neben einem neuen Einkaufszentrum und einem gerade fertiggestellten Sportzentrum. Der Grundstein für ein Spaßbad gleich um die Ecke wurde auch schon gelegt. Auftraggeber für das Hotel ist eine FTG Finanztreuhand, die schon eine Reihe anderer Hotels (Treff-Hotel) gebaut hat. Generalunternehmer ist die Firma Imbau/Industrielles Bauen, Leverkusen.

Der Rohbau ist schon weitgehend fertig. Die ersten Tage versuche ich möglichst schnell mitzukriegen, wer da so arbeitet. Als ich anfange, sind ca. zwei bis dreihundert Leute auf der Baustelle, die meisten von Subunternehmen (nur um die zehn sind offensichtlich bei Imbau). Was sofort zum Problem wird, ist die Kommunikation. Mit den meisten Arbeitern kann ich kein Wort wechseln, weil sie aus anderen Ländern kommen und kein Wort Deutsch sprechen - und ich nicht ihre Sprache: Isolierer aus Polen, Putzer aus Italien, Trockenbauer aus Tschechien, Straßenbauer aus Kroatien, Bauhelfer aus der Türkei und Kurdistan. Einige der Fliesenleger sind aus England. Elektriker, Klempner und Heizungsbauer, Stahlbetonbauer, Dachdeker und Estrichleger sind fast alle aus der BRD, die meisten aus der Region, gut ein Drittel aus dem Westen (Bayern und Ruhrgebiet). Später kommt noch eine Estrichkolonne aus Hessen, alles Arbeiter aus der Türkei. Oft sind der Chef des Subbers und vielleicht noch ein oder zwei Gesellen Deutsche, der Rest aus anderen Ländern. Die Kolonnen bestehen meist aus so vielen Arbeitern, wie in ein Auto passen. Auch bei ihnen scheint immer einer das Sagen zu haben. Er ist es auch, der meist ein paar Brocken Deutsch spricht.

Im Laufe der nächsten Wochen schwankt die Zahl der Bauarbeiter. Maler, Tapezierer und Tischler, Elektriker (von Siemens, die hier auch die Bauleitung haben) kommen dazu sowie weitere Trockenbauer. Von letzteren sind es an einem Punkt sicherlich über hundert (weiter die meisten aus Tschechien). Weniger als fünf Prozent auf dem Bau sind Frauen, lediglich die vier oder fünf von der Baureinigung, ein oder zwei Malerinnen und später eine Kolonne Fliesenlegerinnen.

Über zwei Monate bin ich auf der Baustelle, doch von den anderen Gewerken und Subbern bekomme ich

nicht besonders viel mit. Das liegt sicherlich auch an "meiner" Arbeit und den Auseinandersetzungen bei dem Subber, bei dem ich angestellt bin, aber die Kommunikationsschwierigkeiten machen einen Austausch auch sehr schwierig. Das gilt offensichtlich nicht nur für mich, sondern für alle Bauarbeiter dort. Außer bei der für die Arbeit notwendige Kooperation gibt es wenig Kontakte und Gespräche, die über die eigene Kolonne hinausgehen.

Bei der Elektrofirma sind wir zehn Leiharbeiter (von drei Sklavenhändlern), je zur Hälfte Elektriker und Helfer, dazu zwischen fünf und zehn festangestellte Elektriker und zwei oder drei Lehrlinge. Viele sind schon ein paar Monate auf dieser Baustelle. Die meiste Zeit ziehen wir Kabel, kleine, große und superschwere, die in Kabelkanäle, auf sogenannte Pritschen unter der Decke oder in die Trockenwände gelegt werden müssen. Andere schrauben Verteilerkästen an oder klemmen diese ab. Meist arbeiten zwei Leute zusammen - ein Leiharbeiter/Lehrling und ein Festangestellter. Das läuft dann so ab: Kabel und Werkzeug holen, Leitern und Gerüste heranschaffen, Kabel ausrollen und irgendwo rein- oder rauflegen. Zwischendurch in Plänen nachsehen und erledigte Sachen abstreichen.

Seit meinem letzten Baujob waren Jahre vergangen, aber eins habe ich schnell wieder kapiert: auf dem Bau hast du oft wesentlich mehr Möglichkeiten, Pausen zu machen oder langsam zu arbeiten, als in den meisten anderen Bereichen. Das ist auch hier so: die Festangestellten haben kein Interesse an großem Streß. So werden die Sachen halt irgendwie erledigt und zwischendurch immer wieder Pausen eingelegt. Bei der Werkzeug- und Materialsuche geht oft viel Zeit drauf, weil da hier und da noch ein Schwätzchen mit einem Kollegen läuft oder zusammen eine Zigarette geraucht wird (wobei die Nichtraucher dann auch solange Pause haben). Zudem werden die regulären Pausen morgens und mittags ausgedehnt. Morgens machen wir schon eine halbe Stunde (obwohl nur zwanzig Minuten vorgesehen sind), mittags noch einmal eine halbe. Arbeitsanfang ist oft erst viertel nach sieben (statt um sieben), Schluß eine Viertelstunde vor Abflug. Wenn wir länger arbeiten (bis zu zehn Stunden am Tag) gibt es noch einmal eine halbe Stunde Pause. Durch die Pausen und diese "flexible Arbeitszeit" ist die Arbeit an sich nicht besonders stressig, obwohl ich abends trotzdem ganz schön fertig bin. Möglich ist die Reduzierung der Arbeitszeit vor allem deswegen, weil der Chef, ein Ex-"Genosse Ingenieur" aus einem der Chemie-Kombinate in Böhlen, nur sehr selten anwesend ist. Er hat noch andere Baustellen und zudem ein Elektrogeschäft. Ein Festangestellter meinte, nach der Wende wäre der erstmal noch okay gewesen, kein Streß und so, aber jetzt würde er vom "Kommunisten zum Kapitalisten". Einer der älteren Festen macht den "Vorarbeiter". Da er aber gleichzeitig ein "Kumpel" ist und wohl auch nicht Vorarbeiter sein will, übt er kaum Druck auf die anderen aus. Als Chef spielt sich eigentlich nur der Bauleiter für die Elektroinstallationen, ein

Typ von Siemens auf, der aber von allen gemieden wird. Als ich auf die Baustelle kam, kursierten schon viele Witze über ihn. Er hat zu viel zu tun, um uns wirklich zu kontrollieren. Wenn er auftaucht, tun halt alle beschäftigt.

Für uns Leiharbeiter gilt, daß wir keine Überstunden machen dürfen, weil der Subber keine Überstundenzuschläge an die Zeitarbeitsfirma zahlt (die müßte uns laut unseres Arbeitsvertrages nämlich trotzdem Zuschläge zahlen, auch wenn die Elektrofirma dies nicht tut). Also haben wir 40-Stunden-Woche. Wenn wir zehn Stunden machen - was sich lohnt, weil davon nochmal eine halbe Stunde Pause ist - haben wir am Freitag weniger. Einige malochen jeden Tag zehn Stunden und machen Freitag frei. Bei den Festangestellten sieht das ganz anders aus. Weil sich ihr Chef verkalkuliert und am Anfang zuwenig Leute auf die Baustelle geschickt hat, ist er jetzt hintendran. Ihm drohen Vertragsstrafen, falls er nicht termingerecht fertig ist. Also zwingt er seine Leute, fünfzig bis sechzig Stunden die Woche zu arbeiten, jeden Tag zehn Stunden einschließlich Samstag. So wird auch klar, warum bei den Pausen so gedreht wird. Ohne das wäre die Arbeit kaum zu ertragen.

Schnell bekomme ich mit, daß die Festangestellten richtig sauer sind: wegen den Arbeitszeiten und Überstunden, weil sich der Chef verkalkuliert hat und sie das jetzt ausbaden müssen und vor allem wegen der miesen Löhne. Auch sie bekommen keine Überstundenzuschläge. Der Stundenlohn liegt zwischen 12,20 DM und 14 DM brutto. Tarif wäre wohl so um die 15 DM die Stunde, 2000 DM netto im Monat. In der Gewerkschaft - Elektriker sind bei der IG Metall - ist keiner: "Bringt doch nichts! Unser Chef zahlt halt nicht mehr als die 14 DM!"

Das scheint auch sonst in der Region der Stundenlohn für Elektriker zu sein. Einer der Kollegen vom Sklavenhändler erzählt, er habe bei Elektroklitschen auch so um die 13 oder 14 DM bekommen. Allerdings hätte mensch da wenigstens Aufstiegsmöglichkeiten. Er beklagt auch, daß er hier als Leiharbeiter keine Überstunden machen kann, weil er erst dadurch genug verdienen könnte. Er hat zwei Kinder und seine Frau ist gerade entlassen worden. Da reicht der Lohn kaum, auch wenn er bei der Zeitarbeitsfirma jetzt sogar mehr bekommt, als vorher: 14,50 DM. Wir Ungelernten kriegen zwischen 11 und 13 DM.

Später - ich bin etwa seit drei Wochen auf der Baustelle - sind die Festangestellten richtig wütend. Gerade haben sie ihre Lohnabrechnungen für den letzten Monat bekommen. Einige wollen die Überstunden, bis zu 80 im letzten Monat, irgendwann abfeiern, haben aber deshalb gerade mal 1500 DM netto auf dem Konto. Andere haben mit Überstunden 2200 DM. Den ganzen Tag fluchen sie über die Kohle. Mehrmals sagt einer, sie müßten jetzt sofort aufhören, weil sie für den Scheißlohn schon genug gearbeitet hätten.

In den nächsten Tagen spitzt sich die Sache zu. Die Pausen werden noch länger ausgedehnt und immer häufiger auf den Chef geschimpft. Einige reden jetzt offen davon, die Überstunden verwei-

Staat hilf!

IG Bau Steine Erden

Die Industriegewerkschaft Bau Steine Erden hat in Leipzig 6000 Mitglieder in 13 Ortsgruppen (1990 13000). Dies ist ein Bericht vom Besuch beim Treffen einer Ortsgruppe der IG BSE in Leipzig:

Donnerstag nachmittag. Endlich Schluß mit der Maloche. Ich gehe heute früher, weil ich noch auf ein Treffen der IG BSE will. Warte dann auf H., einen befreundeten Bauarbeiter aus Kurdistan-Irak, der im Tiefbau arbeitet. Er kommt aber nicht. Mußte wieder mal länger arbeiten. Also gehe ich alleine hin.

Kneipe in Reudnitz. Ich komme in den Raum und falle schon aus dem Rahmen. 15 Männer, Alter ab 35 aufwärts, die meisten eher schon an die 65. Einige sind auch schon im Vorruhestand. Die meisten sind Facharbeiter und zudem Vorarbeiter oder Meister, die Hälfte ist arbeitslos. Ich bin der einzige in Arbeitsklamotten, der einzige Ungelernte.

Erstmal wird einer geehrt, weil er 25 Jahre in der Baugewerkschaft ist. Dann erzählt der Ortsgruppenvorsitzende (Ende 30, Betonbauer, arbeitslos) von den wichtigsten Entwicklungen der letzten Monate: Gewerkschaftsvereinigung (mit Landschaftsgärtnern usw. zur IG BAU - Bau Agrar Umwelt), Schlechtwettergeldregelung, Entsenderichtlinie. Die anderen hören sich das an. Die meisten sind das erstemal seit längerem wieder mal auf einem IG BSE-Treffen. Zum Schlechtwettergeld erklärt der Vorsitzende die neue Regelung: ein Monat wird zum Teil über die Sozialkassen der Bauindustrie, zum Teil durch die Arbeiter, die auf bis zu 5 Tage Urlaub verzichten müssen, finanziert, danach springt der Staat ein. Bei der Entsenderichtlinie macht er dann klar, daß die Dumpinglöhne der "Ausländer" Schuld an den vielen arbeitslosen Bauarbeitern seien - und damit auch an der Krise der Gewerkschaft. Deswegen seien staatliche Regeln notwendig, die die deutschen Bauarbeiter gegen die "Ausländer" schützen. Diese müßten dann auch angewandt werden. Einige bringen vor, daß die "Ausländer" ja auch schlecht ausgebildet seien. Dagegen gibt es von anderen aber Einspruch: bei ihnen hätten die "Ausländer" gut gearbeitet und wären gut ausgebildet. Ich greife hier ein, erzähle erstmal, daß ich mit einem Freund kommen wollte, der aus Kurdistan sei und auf dem Bau arbeiten würde. Ich erzähle von unseren Löhnen (ich 12 DM, mein Freund 10 DM), daß auf meiner Baustelle Leute aus 10 Herkunftsländern rumliefen, das aber doch meine Kollegen seien und ich versuchen würde, mit denen was gemeinsam zu machen, statt mich auf meinen deutschen Paß zu berufen. Die Diskussion wird jetzt lebhaft. Offensichtlich vertrete ich hier eine andere Position als der Vorsitzende und das scheint sie zu interessieren. Der Vorsitzende macht nicht den Fehler, gegen mich zu sprechen, weil dann offensichtlich die Situation eskaliert wäre. Er weist aber immer wieder darauf hin, daß die Interessen der deutschen Bauarbeiter an

erster Stelle stünden. Die werden doch arbeitslos, würden schlechtere Löhne bekommen usw. Mehrmals weisen einige darauf hin, mich ausreden zu lassen. Ich erzähle von den Gründen, warum die Leute hier sind, von den Briten, mit denen ich diskutiert habe, von den Polen. Sie hören zu, nicken. Ich sage, daß die so wie sie auch gut leben wollten, besser als das in ihren Ländern möglich wäre. Das wäre doch ähnlich wie 1990, als viele aus der DDR in den Westen gegangen sind (und uns damals die Löhne kaputt gemacht haben!). Jaja, stimmt, aber so sei das eben. Die "Ausländer" erscheinen plötzlich nicht mehr so als Gegner. Dann sage ich was gegen Razzien, was aber zwei oder drei Leute aufregt. Von denen gäbe es zuwenig. Ohne die sei der illegalen Beschäftigung nicht beizukommen. Einer legt dann los. Der Sohn arbeitet im Knast, die Ausländer da seien drekig usw. Ich sage, das sollte er meinem Freund erzählen, wenn er kommt. Ja aber, sagen andere, sie wären nicht ausländerfeindlich. Da müsse man auch aufpassen, daß das nicht falsch interpretiert werde. Einer fängt dann an, über die "Konkurrenz" zu sprechen, die ja nun die Gesellschaft bestimme, auch die Konkurrenz zwischen den Arbeitern. Andere fangen an, über die DDR und die Entwicklungen seit der Vereinigung zu philosophieren. Die Diskussion fällt etwas auseinander und ist dann auch bald zuende.

Als Eindruck bleibt hängen, daß da richtig rassistisches Zeug über den Tisch ging. Die Gewerkschaft, hier vertreten durch den Ortsvorsitzenden, bleibt völlig auf den Staat fixiert, wenn es um die Umsetzung der eigenen Interessen geht. Sie vertritt immer weniger von denen, die auf dem Bau arbeiten. Sie schafft es auch nicht, da eine Wende hinzukriegen und die neuen Arbeiter zu integrieren. Das würde ja auch voraussetzen, daß sie sich nicht nur auf ihre deutschen Facharbeiter beziehen, sondern auf die neuen WanderarbeiterInnen und die vielen Leih- und Schwarzarbeiter. Die sind bisher keine Mitglieder der Gewerkschaft und sollen es auch nicht werden. Was der Vorsitzende da gebracht hat - und er war der einzige, der länger gespochen hat und bei dem das Ziel der Aktionen der Gewerkschaften auch deutlich rüberkam - deutet darauf hin, daß die neue IG BAU weiter versuchen wird, die deutschen Facharbeiter zu vertreten. Er beschwor die anderen, daß es um das Überleben der Gewerkschaft ginge, weil so viele arbeitslos würden oder die Gewerkschaft verließen. Warum das so ist, hat er nicht thematisiert. Ich dachte jedenfalls, daß ich gerne dabei wäre, wenn der Sargdeckel endlich zuklappt und ich noch einen Nagel reinschlagen kann.

gern zu wollen. Nach mittlerweile drei Monaten Sechs-Tage-Woche haben sie die Nase voll (und schon lange keine Zeit mehr für den Frisör oder andere Sachen gehabt). Dazu der miese Lohn. Einzelne wollen sich auch eine neue Stelle besorgen, aber sie wissen, daß die Bedingungen woanders auch nicht viel besser sind. An einigen Tagen, allerdings jedesmal, wenn wir Leiharbeiter schon Feierabend haben, bleiben sie zwar auf der Baustelle, machen aber praktisch nichts mehr. Trotzdem schreiben sich die Stunden auf. Vereinzelt

fällt hier auch schon mal das Wort "Streik", aber so richtig offensiv werden sie nicht.

Wir Leiharbeiter kriegen die Auseinandersetzung mit und diskutieren auch darüber. Die meisten sind froh, daß sie jetzt bei ihrer Zeitarbeitsfirma immer ihren Lohn pünktlich bekommen. Einige haben vorher schon mal ein oder zwei Monate keinen Lohn gekriegt, weil die (Handwerks-)Firma pleite ging oder der Chef einfach kein Geld rausrückte.

Einer hat vorher bei einem anderen Sklavenhändler gearbeitet, der im Winter keine Aufträge hatte und dann meinte: "Entweder du nimmst drei Wochen unbezahlten Urlaub, oder ich kündige dir!" Er hat den Urlaub genommen, noch ein paar Wochen "Kasse" drangehängt und dann selber gekündigt. Später erfahre ich, daß der Krankenstand bei seinem Sklavenhändler bei 30 Prozent liegt. Viele werden vom Arbeitsamt zu den Zeitarbeitsfirmen geschickt - und sind da dann auch schnell wieder draußen!

Das Verhältnis zwischen Leiharbeitern und Festangestellten ist übrigens gut. Wir werden in die Absprachen und Pausen mit einbezogen. Wie alle anderen, werden wir bald morgens auch mit "Hey, ihr Hüpfer!" und "Konntest du es heute morgen mal wieder einrichten, zur Arbeit zu kommen?" begrüßt. Ich bekomme kaum mal mit, daß wir irgendwelche Scheiße machen müssen, die die nicht auch selber machen. Wenn ein Leiharbeiter und ein Fester zusammenarbeiten, ist das eher wie ein Team: alles wird gemeinsam besprochen und durchgezogen. Natürlich gibt es Ausnahmen: einer der Festen versucht manchmal rum zu kommandieren. Er wird von allen - Festen wie Leiharbeitern - für ein Arschloch gehalten und läuft bei den meisten ganz schön auf. Mit mir und einigen anderen will er dann auch nicht zusammenarbeiten - oder wird saufreundlich, wenn es sich nicht umgehen läßt.

Bei den Diskussionen zu Überstunden und Löhnen stehen wir Leiharbeiter aber daneben. Die meisten Auseinandersetzungen mit deren Chef bekommen wir nicht mit, ebenso die Diskussionen unter den Festen. Pausen werden eigenartigerweise doch getrennt gemacht, hier die Leiharbeiter, dort die Festen. Ich bin erst bei ersteren, dann bei letzteren.

Die Festen beschließen dann, die Anzahl der Überstunden selbst zu begrenzen (von 20 auf ca. 14 bis 15). Sie machen aus, an drei Tagen die Woche früher zu gehen. Hier spielt eine Rolle, daß sie zusammen mit dem Firmenbus kommen, sich also auf eine gemeinsame Linie einigen müssen. Schnell wird auch klar, wie die Diskussions- und Entscheidungsprozesse bei ihnen ablaufen. Zwei der ganz jungen (21 und 22 Jahre alt) sind die Wortführer (die anderen nennen sie auch mal den "Krisenstab"). Keine Entscheidung läuft ohne sie, wobei sie aber schon auch die anderen fragen, was die wollen. Morgens heißt es also: "Wann machen wir heute Schluß?" Dann wird palavert und am Ende sagt einer der beiden: "Okay, um halb vier!" Auch sonst sind die beiden die verbal radikalsten - und auch die, die am offensten Pausen machen, während der Arbeit einkaufen gehen usw..

Brisant wird die Situation dann, als der Chef der Kolonne einen neuen Meister vor die Nase setzt. Er will offensichtlich seine Elektriker stärker kontrollieren und unter Druck setzen. Mittlerweile stehen auch Übergabetermine an. Die ersten paar Tage hält sich der neue Meister, auch Ex-Ingenieur aus Böhlen, noch zurück und beobachtet nur, argwöhnisch beäugt von den anderen: "Was will der hier?" "Der Chef hätte ja auch weiter einen von uns zum Vorarbeiter machen können!" "Die rote Socke wollen wir nicht!" Als der Meister dann versucht, morgens die Arbeitseinteilung zu bestimmen - bisher wurde das im gemeinsamen Gespräch von allen Festen gemacht - eskaliert die Situation. Einige der Festen weigern sich, mit dem Meister überhaupt noch zu sprechen. Sie drehn sich einfach um, wenn der auftaucht. Er wird ignoriert oder nicht ernst genommen. Mehrmals werden seine Einteilungen vom Morgen dann von den anderen wieder umgeschmissen.

Wie von den Arbeitern vermutet, erstattet der Meister dem Chef Bericht und nennt dabei auch die Namen derer, die ihn schneiden, Pausen ausdehnen usw. In den folgenden Tagen warten wir Leiharbeiter meist bis halb acht, bis die anderen kommen, weil sie morgens in ihrer Firma erstmal eine Besprechung mit dem Chef haben. Der droht einzelnen mit Abmahnung und Entlassung und macht nochmal deutlich, daß der Meister auf dem Bau sein Vertreter ist usw. Zudem verlangt er, daß weiter alle am Samstag und einzelne auch am Sonntag arbeiten. An diesem Punkt brechen auch Konflikte zwischen den Festen auf. Allerdings gibt es kaum mal offenen Streit, dafür mehr Sprüche hinter dem Rücken anderer usw.. Ich frage mehrmals nach, warum sie sich denn die Scheiße gefallen ließen, und bekomme von jedem diesselbe Antwort: "Weil wir uns nicht einig sind!" Insbesondere die zwei/drei Älteren unter den Festen scheuen die offene Konfrontation mit dem Chef, weil sie doch Schiß haben, dann entlassen zu werden und keine Arbeit mehr zu finden. Die Jungen lassen ihre Wut raus, aber sie finden keinen Weg, gemeinsam was zu machen. Einer der Festen wird von ihnen mittlerweile auch als "Arbeiterverräter" beschimpft, weil er dem Chef bei der morgentlichen Predigt immer in den Arsch kriecht.

Der Arbeitsstreß nimmt dann für die Festen erheblich zu, weil die Übergabetermine anstehen. Einige von ihnen kommen tatsächlich sonntags! Der neue Meister versucht, sich aus dem Streß zwischen Chef und Arbeitern so weit wie möglich rauszuhalten. Er wird inzwischen zumindest nicht mehr geschnitten. Das hat drei Gründe: erstens hat er die Pausenregelung (länger als vorgesehen) nicht angetastet; zweitens hat er den Arbeitern die Einflußmöglichkeiten bei der Bestimmung der Arbeitszeit gelassen, d.h. nicht er entscheidet, sondern die Kolonne; und drittens nimmt er den Druck weg, den bisher der Bauleiter ausgeübt hat, indem er sich um alles, was von der Bauleitung an Anweisungen kommt, kümmert. Er funktioniert hier also als Puffer. Das Verhältnis der Arbeiter zu ihm bleibt aber gespannt. Besonders übel nehmen

sie ihm sein kleines schwarzens Notizbuch, in das er immer wieder Eintragungen macht. Die Arbeiter mutmaßen, da kämen ihre "Verfehlungen" rein, die er dann dem Chef steckt. Inzwischen taucht ein Zettel im Elektrocontainer auf, auf dem sich über die Arbeit lustig gemacht wird: Operation, Tod oder ähnliches sei kein Grund für Nichterscheinen am Arbeitsplatz oder so ähnlich.

Dann bekommt einer eine Abmahnung vom Chef. Offiziell, weil er in seinem Bauabschnitt den Termin nicht eingehalten hat. Später kommt raus, daß er ihn sehr wohl geschafft hat! Jedenfalls trifft es einen, dem der Chef sowieso schon mit Entlassung gedroht hatte (wegen seiner laxen Arbeitseinstellung und weil er nicht kuscht). Erstaunlicherweise passiert jetzt aber nichts. Alle finden das ungerecht und willkürlich, aber ihnen fällt nichts ein, was sie dagegen machen können - oder trauen sie sich nicht? Das ändert sich auch nicht, als der Chef dann noch droht, fünf Leute rauszuschmeissen, wenn der Bau fertig ist (noch ein/zwei Monate) und ankündigt, daß er Schwierigkeiten bei den nächsten Lohnzahlungen haben wird.

Inzwischen mache ich mit den Festen Pause und kriege jetzt mehr von ihren Diskussionen mit. Die Auseinandersetzungen mit dem Chef und dem Meister sind ein Thema. Daneben geht immer mal wieder um Frauen. Sexistische Sprüche kommen meist nur von einigen - immer denselben - die meisten halten sich raus. Gegenhalten ist hier - vor allen - aussichtslos. Nach meinem Eindruck geht es bei den sexistischen Sprüchen, bei denen in erster Linie Frauen auf einzelne Körperteile reduziert werden, nur um die Selbstdarstellung der Männer gegenüber der Gruppe. Es dreht sich weniger um etwas, was für sie real ist, was sie tun wollen oder um Frauen, mit denen sie irgendwie zusammenhängen. Das macht es aber nicht besser. Vielleicht hat mich das auch nur deswegen geschockt, weil bei meinen letzten Jobs immer viele Frauen waren - oft sogar überwiegend: Büro, Post; da läuft dann ein anderer Jargon!

Das dritte Gesprächsthema sind die "Ausländer". Bis dahin und auch später bekomme ich keine heikle Situation zwischen "deutschen" und "ausländischen" Arbeitern mit. Meistens sind alle freundlich, versuchen mit den Kommunikationsproblemen klarzukommen. Allerdings findet der Austausch - wie schon erwähnt - fast ausschließlich über die Arbeit statt. Ansonsten fällt mir auch auf, wie krampfig die meisten Kollegen aus dem Osten manchmal auf die Arbeiter aus anderen Ländern reagieren. Spielt da doch eine Rolle, daß die so wenig mit denen zu tun haben, oder hatten? Mir fällt ein, daß es ja einen Unterschied macht, ob du immer in Stadtteilen gewohnt oder Jobs gemacht hast, wo auch viele Leute sind, die andere Sprachen sprechen, oder ob du das nur aus der Zeitung kennst oder von den zwei Wochen Mallorca (und selbst da sind ja die meisten um dich rum wohl "deutsch", oder?) Bei unseren Pausen tun sich dann genau die zwei, die auch die meisten Sprüche gegen den Chef und die Arbeit machen, damit hervor, daß sie so Sachen sagen wie: "Die

Ausländer können doch gar nicht richtig arbeiten. Schau doch an, was für einen Scheiß die Trokenbauer (aus Tschechien) wieder gemacht haben!" Dabei ist sicher wichtig zu erwähnen, daß auch bayrische Trockenbauer nur Scheiße machen, aber sie streichen halt immer raus, daß es die "Ausländer" sind. Dann sagt einer noch solche Sachen wie: "Gestern haben die Ausländer wieder bis 22 Uhr gearbeitet. Die machen uns alle Standards kaputt!" Wie gesagt, diese Sprüche kommen fast ausschließlich von zwei Arbeitern und einer sagt auch mehrmals "Sag nichts gegen Ausländer!" Aber die meisten halten dabei die Schnauze oder lästern auch mal über die und die. Dabei fällt gar nicht auf, daß sie ja dieselben Sachen machen, die sie den anderen vorwerfen: immerhin bauen sie auch ständig Pfusch - ohne groß darüber zu reden - und machen die Standards auch weiter kaputt, wenn sie weiter 20 Überstunden in der Woche machen und das noch ohne Zuschläge. Wobei es ja eigentlich gar nicht darum geht, sondern vielmehr um die Frage, warum sie sich nicht mehr mit den Bedingungen der "Ausländer" auseinandersetzen. Mögliche Berührungspunkte oder ähnliche Kämpfe gibt es genug. Sie selbst haben in ihrer Firma ja eine Auseinandersetzung um Löhne und die Kontrolle über die Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten. Und sie klagen darüber, daß sie sich nicht einig sind und deswegen gegenüber dem Chef keinen Stich sehen. Auch wenn zuweilen in genaueren Gesprächen über die Bedingungen, unter denen die MigrantInnen hier leben und arbeiten, keine Sprüche mehr kommen und Gemeinsamkeiten deutlich werden, bleibt festzuhalten, daß sowohl die Trennung nach Gewerken und Firmen, als auch die nach unterschiedlichen Herkunftsländern zu funktionieren scheint: die "Ausländer" als Schuldige für die Entlassungen, die niedrigen Löhne, die Überstunden, die schlechten Bedingungen auf dem Bau.

Ich frage dann den einen Wortführer, der nebenbei auch noch andere derbe Sprüche gegen MigrantInnen machte, vor allen anderen nach seiner Meinung. Was er gegen Ausländer hätte, warum gegen die und nicht mit denen, aber er verweigerte jede Auseinandersetzung. Schnell habe ich den Ruf weg, daß mensch bei mir halt keine Sprüche machen dürfe (weil ich dann nachfrage oder dagegenhalte). Das hat die Sache aber auch nicht weitergebracht. Als dann Plakate auftauchen gegen Razzien, finden die die meisten gut. Sie bleiben bis mittags hängen und werden von vielen gelesen. Aber auch hier entstehen kaum weitere Diskussionen.

Am nächsten Tag kündigt der Kollege, der vorher abgemahnt worden war, und fängt in einer anderen Handwerksklitsche für 14 DM die Stunde an. Die anderen meinen nur, daß er das Richtige gemacht habe. Sie sollten das eigentlich auch tun. Kurz danach werde ich vom Sklavenhändler von der Baustelle abgezogen ...

Schluß?

Noch ein paar zusammenfassende Worte zu unseren Erfahrungen in Leipzig. Das sollen aber mehr Gedanken und Fragen als Antworten sein. Die eigentliche Auswertung kann erst in den Diskussionen der nächsten Wochen passieren. Einige Treffen haben wir ja schon vereinbart...

Viele Sach(s)en haben wir ganz aus dem Bericht gelassen. Dazu gehören zum Beispiel die Auseinandersetzungen um die Faschos in und um Leipzig (siehe den Beitrag im Zirkular Nr.17 zu Wurzen), wo wir aus Zeitmangel nicht weiter nachgehakt haben. Oder die Frage von Kämpfen von "AsylbewerberInnen" und "Flüchtlingen", wo wir zwar einige Diskussionen geführt haben, die aber nicht viel hergaben. Auch unsere Versuche, hier mit Leuten die Anti-Razzienkampagne anzupacken, tauchen hier nicht auf, weil sie schnell im Sande verliefen. Dabei spielte vor allem eine Rolle, daß die wenigen, die sich dafür interessiert haben und auch zu ersten Treffen kamen, dann doch wieder was anderes zu tun hatten. Also blieben tatsächlich die Erfahrungsberichte über die Arbeit bei Quelle, auf dem Bau usw. übrig. Aber wie am Anfang erwähnt, geht es uns auch nicht darum, die Region hier abschließend und umfassend zu erklären oder ja nichts auszulassen, was irgendwie für den Klassenkampf und seine Perspektiven interessant sein könnte.

Über die "Linke" in der Stadt haben wir vor allem deswegen nichts geschrieben, weil sie sich nur wenig von der in anderen Städten der BRD unterscheidet. Mit Ausnahme dessen, daß hier in den Oststädten die PDS eine starke Rolle spielt. Aber mit der wollten wir euch und uns nicht langweilen. Diejenigen, die sich hier "links" nennen, sind überhaupt meist völlig auf den Staat als potentieller Erfüllungsgehilfe fixiert (gegen die "Rechten", gegen die "Unternehmer" usw.). Und viele Initiativen kommen über "linke Sozialarbeit" nicht hinaus: weder die AntiFas, die Jugendliche in ihre Musikclubs locken und damit aus dem rechten Sumpf raushalten wollen, noch die Flüchtlingsinitiativen, die hauptsächlich Beratungen machen. Aber was soll eine "Linke" auch bringen, wenn es keine berauschenden Kämpfe der Klasse gibt?

Für uns ist es schwer, aus den Erfahrungen der letzten Monate irgendwelche eindeutigen Schlüsse zu ziehen. Wie am Anfang erwähnt, waren wir in erster Linie Beobachtende und wollten was über die Menschen hier lernen. Einiges verlief dabei in dem uns aus dem Westen bekannten Rahmen. Wir trafen ArbeiterInnen, die unzufrieden sind, sich aber irgendwie mit den Verhältnissen arrangieren (müssen). Sie führen alltägliche Kämpfe, bei denen es vor allem um die miesen Arbeitsbedingungen geht. Darüberhinaus passiert hier erstmal wenig.

Dabei gibt es auch andere, spektakulärere Kämpfe: die der italienischen Bauarbeiter in Schmannewitz, die eine Baustellenbesetzung machen, um ihre ausstehenden Löhne zu bekommen (siehe Zirkular Nr.21); oder die der "AsylbewerberInnen" in Leipzig, die gegen ihre Verlegung in andere Heime protestieren; und nicht zuletzt die der ArbeiterInnen in den Keksbuden im Umland, die die schnelle Angleichung ihrer Löhne an die im Westen durchsetzen wollen. So unterschiedlich die Situation der Kämpfenden im einzelnen sein mag, ihre Kämpfe hatten

gemeinsam, daß sie - wenn überhaupt - dann nur innerhalb ihrer "Communities" oder den ArbeiterInnen in ihrer eigenen Branche Beachtung fanden. Bei unseren Gesprächen kam sogar heraus, daß nicht mal innerhalb dieser "Communities" selber die Weitergabe von Kampferfahrungen funktioniert, geschweige denn zwischen unterschiedlichen Teilen der Klasse. Was andere Teile machen oder was in der nächsten Stadt passiert, dringt überhaupt nicht (mehr?) durch oder geht unter. Oder interessiert es niemanden, weil mensch angeblich ja sowieso nichts verändern kann?

Es scheint momentan kaum Punkte zu geben, an denen sich verschiedene Teile der Klasse treffen und von selbst den Zusammenhang zwischen den Kämpfen ihres Teils und denen eines anderen herstellen. Das ist ganz schön ernüchternd, wenn mensch sich nur mal die Palette von Verschlechterungen ansieht, die im Zuge des Umbaus des Sozialstaats und des Angriffs des Kapitals auf die Standards in den Betrieben anschaut.

Insgesamt fiel uns auf, daß auch hier den ArbeiterInnen wohl gerade die Vorstellung von einer Perspektive bzw. Alternative jenseits des gegenwärtigen Systems fehlt. Zu übermächtig erscheinen gerade Kapitalisten, Politiker, usw.

Die Kämpfe orientieren sich dann auch meist an der Verteidigung des gegenwärtigen Standards oder kleinen Verbesserungen. "Grundsätzliches" wird kaum in Frage gestellt. So sind alle irgendwie unzufrieden und kämpfen mehr oder weniger gegen die staatliche Willkür und Unterdrückung auf den Ämtern und gegen die miesen Chefs. Sie verhalten sich meist individuell, gegen den Streß auf der Arbeit, beim Krankmachen, usw. Aber kaum jemand stellt offensiv Forderungen auf oder ist bereit und fähig, andere mitzureißen.

Hier ist natürlich auch wichtig, daß es keine "Klassenlinke" gibt, die überhaupt mal die Kommunikation und den Erfahrungsaustausch weitertreibt. Es fehlt eine politische Kultur, die in der Klasse verankert ist, in der Klassenkampf und Revolution thematisiert wird und wo das auch praktische Bezüge hat. Eine Aufgabe für uns?!

Gerade nach den letzten Monaten stellt sich uns die Frage der Organisierung neu. Dabei ist die Situation paradox. Die Probleme in den Betrieben, auf der Straße, auf den Ämtern und zwischen den Leuten springen uns geradezu ins Gesicht. Viele schimpfen auf den Staat und die Chefs und wehren sich hier und da gegen all das, was das Leben schwer macht und uns den Lebenssaft aussaugt. Gleichzeitig verhalten sich ArbeiterInnen gegen ArbeiterInnen. Vielleicht, weil sie auf die Versprechungen des Kapitalismus setzen und sich ein besseres Leben davon erhoffen, wenn sie das Spiel mitspielen? Oder etwa weil sie nicht (!) mehr auf die Versprechungen des Kapitalismus setzen und sich in ihrer Enttäuschung über die beschissene Situation gegen MigrantInnen oder andere wenden?

Wir stehen mittendrin, beobachten und kommentieren, versuchen Anknüpfungspunkte für Initiativen zu finden. Aber viele unserer lokalen Gruppen sind auf Kleinfamiliengröße geschrumpft oder schon beim Single-Dasein angelangt. Auch hier in Leipzig waren wir zu wenige, um eine aktionsfähige, klassenkämpferische Initiative anzugehen. Aber was bringen alle diese Erfahrungen und Berichte, wenn sie nicht in eine solche Initiative münden?

unser leipzig